STUDIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

MARIO CANDEIAS

WÄHLEN MACHT DOCH (K)EINEN UNTERSCHIED

KLASSENFÖRMIGE DE- UND RE-MOBILISIERUNG BEI NICHTWÄHLER*INNEN

«ES WÄRE SCHON GUT,
WENN ES NOCH EINE LINKE UND
SOZIALE STIMME GÄBE ...»

MARIO CANDEIAS

WÄHLEN MACHT DOCH (K)EINEN UNTERSCHIED

KLASSENFÖRMIGE DE- UND RE-MOBILISIERUNG BEI NICHTWÄHLER*INNEN

Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung

MARIO CANDEIAS war Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und ist nun Referent für sozialistische Transformationsforschung, linke Strategien und Parteien der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM
STUDIEN 5/2024
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Dezember 2024
Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Kurzzusammenfassung 5

Einleitung 8

1 Welche Wähler*innenpotenziale? Für mehr «unten» im «Mitte-unten-Bündnis» 9

2 Wer sind und was denken die Nichtwähler*innen im linken Potenzial? 10
2.1 «Das Ende des Monats erreichen» – ein quantitativer Blick auf Positionen von Nichtwähler*innen 10
2.2 «Sich das Leben nicht mehr leisten können» – ein qualitativer Blick darauf, was Nichtwähler*innen bewegt 14

3 «Wählen ist echt mein geringstes Problem» – Nichtwählen: eine Klassenfrage 17
Exkurs: Nicht-/Wähler*innen mit Migrationshintergrund und der Umgang mit Migrationspolitik 18
Exkurs: Ist das linke Potenzial gespalten? 21

4 Klassenpolitische Mobilisierung von Nichtwähler*innen 23
4.1 Mehr Informationen, mehr direkte Ansprache 24
4.2 «Was zusammen machen, damit es hier schöner wird» – mehr Mitmachangebote vor Ort 24
4.3 Eine Partei, die «anders» ist 25
4.4 Gegen die AfD, gegen die Machtlosigkeit 25
4.5 Aufsuchende Arbeit und Präsenz im Viertel 26
4.6 Vermittlung von Solidarität vs. Ohnmacht 27

5 Schlussbemerkungen 30

Literatur 31

KURZZUSAMMENFASSUNG

Spätestens seit den bahnbrechenden Arbeiten von Armin Schäfer (2016 ff.) ist mehr als deutlich belegt, dass vor allem bei Menschen mit geringen Einkommen eine asymmetrische Wähler*innenmobilisierung vorliegt und sie im Durchschnitt seltener ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen als andere. Bekannt ist aber auch, dass Menschen dieser – in der Realität sehr heterogenen – Wähler*innengruppe alles andere als «unpolitisch» sind, aber aus Erfahrung, Enttäuschung und/oder Überforderung von Wahlen keine für ihr Leben positive Veränderung mehr erwarten.

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, in Erfahrung zu bringen, welche Sorgen und Nöte, welche politischen Präferenzen und Prioritäten Nichtwähler*innen haben (oder eben nicht haben), vor allem aber, was sie aus ihrer Sicht bewegen könnte, wieder aktiv an Wahlen teilzunehmen oder sich darüber hinaus politisch zu engagieren. Dazu haben wir in sechs ausgewählten sogenannten benachteiligten Vierteln Interviews geführt, in denen überdurchschnittlich viele Menschen mit geringen Einkommen, mit Bürgergeldbezug, in prekären Lebenslagen etc. leben und in denen die Partei Die Linke bei früheren Wahlen gute Ergebnisse erzielt hatte. Es handelt sich um folgende Viertel: die Berliner Gropiusstadt, die Leipziger Großwohnsiedlung Lößnig, Rostock Lütten Klein, die Göttinger Weststadt, Köln-Chorweiler sowie Bremen Tenever.

Es wurden 193 Haustürgespräche geführt, davon 50 mit Nichtwähler*innen, außerdem zehn Tiefeninterviews mit Nichtwähler*innen. Zudem wurden quantitative Daten aus vorangegangenen Befragungen speziell zu Nichtwähler*innen ausgewertet, Expert*inneninterviews geführt und Literatur zum Thema aufgearbeitet.

Insgesamt hat Die Linke immer noch ein Wähler*innenpotenzial von etwa 16 Prozent, so eine repräsentative Umfrage von Ende September 2024 – das sind fast 9,8 Millionen potenzielle Wähler*innen (Die Linke 2024). Darunter befinden sich insbesondere Menschen mit geringen Haushaltseinkommen, und auch zahlreiche Nichtwähler*innen. Diese Gruppe ist in unseren Untersuchungen zahlenmäßig mit Abstand die größte: Im linken Potenzial sind es rund 1,7 Millionen Nichtwähler*innen.

Deutlich stärker als die übrige Bevölkerung fühlen sich Nichtwähler*innen zu fast 70 Prozent von der Inflation betroffen. Sie beklagen, dass ihnen am Ende des Monats Geld fehle, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Besonders bei Energie, Lebensmitteln und Mieten kommt es zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten, der besonders ärmere Haushalte trifft, weil Grundgüter des täglichen Bedarfs hier einen wesentlichen höheren Anteil des verfügbaren Einkommens ausmachen als bei Haushalten mit höheren Einkommen. Die Reallohnverluste der Vorjahre konnten zwar teilweise kompensiert werden. Insgesamt liegt das preisbereinigte Niveau der Tariflöhne jedoch immer noch deutlich unter dem Spitzenwert des Jahres 2020. Beschäftigte ohne Tariflohn, vor allem im Niedriglohnsektor, bleiben hinter dieser Entwicklung zurück. Wir können von einer großen Schnittmenge von Armutsbetroffenen in benachteiligten Vierteln und Nichtwähler*innen ausgehen.

Bei den Fragen zu den persönlich wichtigsten politischen Problemen offenbaren sich häufig ganze Bündel von miteinander verwobenen sozialen und anderen Problemen, die den Einzelnen unter den Nägeln brennen. Thematisch stehen Miete und Wohnen, Löhne und Renten sowie die Preisentwicklung ganz weit vorn. Auch die Gesundheit und die Sorge, noch mithalten zu können, spielen eine wichtige Rolle, ebenso wie die Abwehr der Hetze gegen Bezieher*innen von Bürgergeld.

> «Kein Urlaub drin, kein Auto, Supermarkt teuer, Pulli und Decken statt Heizen, … die Angst vor Wohnungsverlust» – bald reicht es nicht einmal mehr für «das Nötigste zum Leben».

> «Es wird alles immer härter, mehr Konkurrenz, mehr Druck, mehr Leistung wird verlangt, aber [es gibt] nicht mehr Geld.»

Durch alle Antworten dringt das Leiden an fehlender Anerkennung, am mangelnden Respekt für das Leben unter schwierigen Bedingungen und für die Leistung, auch unter benachteiligenden Verhältnissen einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Dies verbindet sich bei vielen Befragten mit dem Eindruck, keine Perspektive einer Verbesserung der eigenen Situation sowie der politischen Verhältnisse insgesamt zu haben.

> «Auch im Supermarkt bekommst du gefühlt ein Drittel weniger fürs gleiche Geld. Man muss schon mehr rechnen. … und am Ende landest du in der Armutsrente.»

> «Das Geld reicht gerade so, man muss jeden Cent zweimal umdrehen, alles wird teurer.»

Die einzelnen Themen sind als Probleme lange bekannt und kommen deshalb eigentlich nicht überraschend. Doch wie stark sich die Probleme verdichten, der Druck steigt und aus Sorgen Ängste werden, ist doch sehr eindrücklich. Nichtwählen ist in den unteren Teilen der Klassenhierarchie dann überwiegend ein Akt, in dem sich Unzufriedenheit mit der Politik und zunehmend Fatalismus äußern. So sagt in unserer Befragung eine alleinerziehende Arzthelferin und Aufstockerin:

> «Ich verstehe die Politik nicht. Hat nichts mit mir zu tun, mit meinen Interessen. … keiner redet von den Gehältern, vor allem für Frauen, in den Gesundheitsberufen, oder mehr Zeit. Oder den Preisen, alles immer teurer, oder die Wohnungsprobleme.»

Die Belastungen verstärken die Angst vor einer Verfestigung von Armut und Überforderung. Die «Verweigerung der Teilnahme an demokratischen Ritualen [ist] eine, wenn auch verzweifelte, Form der Rationalität» (Jörke 2017: 36). Politische Teilhabe setzt ja nicht nur politisches Interesse, sondern «auch das Gefühl voraus, durch dieses Handeln Einfluss ausüben zu können» (Brülle/Spannagel 2023: 3). Somit ist das Desinteresse auch eine Reaktion auf das wahrgenommene Desinteresse des politischen Betriebs – auf die Kränkung, nicht gemeint zu sein, wenn es um die Probleme im Lande geht, bzw. stets nur negativ vorzukommen.

> «Interessiert mich irgendwie nicht, hat nichts mit mir zu tun … und die Politiker interessieren sich ja auch nicht für uns.»

Die «mangelnde Responsivität der Parlamente» (Schäfer/Zürn 2021: 93) befördert ebenjene Bewegung der Demobilisierung der Armen und Ausgebeuteten wie der (klassenübergreifenden) Remobilisierung aufseiten der radikalen Rechten.

Erfahrungen mit Haustürgesprächen zeigen allerdings: Die Leute sind schon an Politik interessiert, sie haben viel Kritik an den Verhältnissen, aber sie erwarten von Parteien und Wahlen eben relativ wenig. Auch von der Linken nicht – sofern ihre Positionen überhaupt bekannt sind, wird nicht oder nicht mehr angenommen, Die Linke könnte einen Unterschied machen. Aber umgekehrt gilt auch: Wenn Nichtwähler*innen angesprochen werden, etwa von Aktivist*innen von Parteien oder zivilgesellschaftlichen Initiativen wie «Deutsche Wohnen & Co. enteignen», nimmt die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen zu. Menschen mit geringer Wahlneigung sind zwar nur schwer davon zu überzeugen, wählen zu gehen. Zugleich äußern viele aber die Erfahrung, dass sie von niemandem gefragt würden, sich niemand für sie interessiere. Tatsächlich werden Nichtwähler*innen besonders selten angesprochen: Fast alle Interviewten äußern, dass sie nicht angesprochen würden, es an Informationen und Kontakt mangele.

Elemente einer Mobilisierung von Nichtwähler*innen sind: mehr Informationen mithilfe direkter Ansprache vor Ort verfügbar machen; mehr Orte für Begegnung und niedrigschwellige Mitmachangebote schaffen. Artikuliert wird in den Interviews der Wunsch nach einer Partei, «die sich einsetzt», die «hilft und gegenhält», die «anders ist».

Als Motivation, vielleicht doch zu wählen – und zwar links – wird besonders häufig der Aufstieg der radikalen Rechten genannt – vielleicht der stärkste Grund in unserer Befragung.

> «Man bekommt richtig Angst, wenn man die Nachrichten mitbekommt. Ganz schön unübersichtlich alles. … alle gehen nach rechts … ohne Die Linke, bei allen Bauchschmerzen, wenn die nicht mehr da ist, bringt halt keiner sonst diese Sicht ein, macht ja keiner.»

Der Eindruck «alle gehen nach rechts» spiegelt sich auch in der Aussage einer Bürgergeld-Empfängerin aus Köln-Chorweiler wider: «Angst macht mir die Hetze gegen Leute wie mich, die Sozialhilfe bekommen.» Sie selbst sei gesundheitlich angeschlagen; ihre Möglichkeiten, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, seien eingeschränkt. «Und trotzdem bekommt man vermittelt, ich wäre faul, arbeitsscheu, will nur abkassieren … das ist ja jetzt nicht nur die AfD oder CDU/CSU, das sind ja fast alle, das Fernsehen, die Nachrichten, auch das eigene Umfeld … da wird nach unten getreten, als gäb's keine anderen Probleme … für anderes können die aber Milliarden raushauen … es reicht doch nicht mal mehr für vernünftig was zu essen, wo soll denn das enden?» Die herrschende Politik hat nicht nur nichts oder wenig mit den Interessen der Befragten zu tun, sie richtet sich sogar vermehrt direkt gegen sie, so der Eindruck.

Dennoch könne der Urnengang aus Sicht der Interviewten sinnvoll sein – nämlich dann, wenn sie «das Gefühl» hätten, «dass das was bringt»:

> «Wäre schon gut, wenn wenigstens eine Partei sagt, was wir denken. Aber müsste sie halt auch laut machen, sodass man das nicht überhören kann« – als Stimme und Verstärker derjenigen, «die jeden Tag schuften, und am Ende des Monats reicht es doch wieder nicht» – das müssen «die da oben mal mitbekommen».

Während sich etliche Nichtwähler*innen im Gespräch durchaus offen für eine Wahlbeteiligung und auch einer Wahl der Linken zeigen, so sind eine grundlegende Skepsis und mangelndes Vertrauen bei vielen doch tief eingeschrieben und nur schwer aufzubrechen. Es fehlt auch an persönlichen Ressourcen:

> «Wählen ist echt mein geringstes Problem. Ich bin froh, wenn ich mit dem ganzen anderen Mist zurechtkomme. Habe gar keine Zeit oder Nerven, mich damit zu befassen.»

Entscheidend wäre es in solchen Fällen, dranzubleiben, wiederzukommen, den Gesprächsfaden wiederaufzunehmen, Vertrauen zurückzugewinnen. Dafür braucht es Geduld und einen langen Atem.

Das heißt aber auch, frühzeitig damit anzufangen, nicht erst wenige Wochen vor einer Wahl, und die politische Kampagne von ihren Geschichten, Erfahrungen und Problemen her zu entwickeln und zu formulieren, einen Wiedererkennungseffekt zu erzeugen. Dabei ist es sicher hilfreich, Personen in den ersten Reihen zu haben, die die «Klasse» repräsentieren. Die Partei muss Anerkennung und Solidarität erlebbar werden lassen. Und es soll die Erfahrung vermittelt werden: In dieser Partei sind Menschen, die sich für mich – und im besten Falle mit mir – mit den Mächtigen und Reichen in dieser Gesellschaft anlegen. Eine Erfahrung der Solidarität, um (in Anlehnung an Max Horkheimer) Desinteresse, Ohnmacht und Fatalismus in produktive Bahnen zu lenken.

Haustürgespräche dienen dabei nicht nur als Mittel, um Verankerung und Wähler*innen (zurück) zu gewinnen, sondern auch als Schule für die Aktivist*innen der Partei selbst. Lebensrealitäten, Perspektiven und Erfahrungen, Sprache und Haltungen werden so ebenso wie Sorgen, Probleme und Hoffnungen erfahrbar für die engagierten Parteimitglieder und Sympathisant*innen. Sie kommen häufig nicht aus denselben Verhältnissen und Vierteln und haben einen anderen Klassen- oder Bildungshintergrund als die Aufgesuchten. Durch dieses Vorgehen «verändern sich alle, die daran beteiligt sind» (Kaindl/Nagel 2019). Am Anfang stehen dabei also nicht Antworten, sondern Fragen. Bei der aufsuchenden Arbeit geht es darum, am Alltag anzuknüpfen, daran, was Menschen tatsächlich bewegt. Diese Praxen sind der Lackmustest einer verbindenden Klassenpolitik.

EINLEITUNG

Bekanntermaßen hat die Partei Die Linke ein überdurchschnittlich großes Wähler*innenpotenzial bei Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. In unseren Befragungen zwischen 2022 und 2024 konnten sich besonders häufig Menschen aus Haushalten mit einem Nettomonatseinkommen bis zu 1.500 Euro bzw. einem Einkommen zwischen 1.500 und 2.500 Euro vorstellen, Die Linke zu wählen (Candeias 2024a). Im September 2024 sind es immerhin 22 Prozent der Menschen mit einem Nettohaushaltseinkommen unter 1.500 Euro, die potenziell Die Linke wählen würden, fast 2,15 Millionen Menschen (Die Linke 2024). Spätestens seit den bahnbrechenden Arbeiten von Armin Schäfer (2016 ff.) ist mehr als deutlich belegt, dass vor allem bei Menschen mit geringem Einkommen eine asymmetrische Wähler*innenmobilisierung vorliegt und sie im Durchschnitt seltener ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen als andere. Bekannt ist aber auch, dass Menschen dieser – in der Realität sehr heterogenen – Wähler*innengruppe alles andere als «unpolitisch» sind, aber aus Erfahrung, Enttäuschung und/oder Überforderung von Wahlen keine für ihr Leben positive Veränderung mehr erwarten.

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, in Erfahrung zu bringen, welche Sorgen und Nöte, welche politischen Präferenzen und Prioritäten Nichtwähler*innen haben (oder eben nicht haben), vor allem aber, was sie aus ihrer Sicht bewegen könnte, wieder aktiv an Wahlen teilzunehmen oder sich darüber hinaus politisch zu engagieren. Dazu haben wir in sechs ausgewählten sogenannten benachteiligten Vierteln Interviews geführt, in denen überdurchschnittlich viele Menschen mit geringen Einkommen, mit Bürgergeldbezug, in prekären Lebenslagen etc. leben und in denen die Partei Die Linke bei früheren Wahlen gute Ergebnisse erzielt hatte. Es handelt sich um folgende Viertel: die Berliner Gropiusstadt, die Leipziger Großwohnsiedlung Lößnig, Rostock Lütten Klein, die Göttinger Weststadt, Köln-Chorweiler sowie Bremen Tenever.

Es wurden 193 Haustürgespräche geführt, davon 50 mit Nichtwähler*innen, außerdem zehn Tiefeninterviews mit Nichtwähler*innen. Zudem wurden quantitative Daten aus vorangegangenen Befragungen speziell zu Nichtwähler*innen ausgewertet, Expert*inneninterviews geführt und Literatur zum Thema aufgearbeitet. Diese qualitative Untersuchung sollte ursprünglich durch eine neue repräsentative quantitative Befragung ergänzt werden, die jedoch leider entfallen musste.[1]

1 Die vorgezogenen Wahlen zum Bundestag infolge des Auseinanderbrechens der sogenannten Ampelregierung ließen die Publikation einer solchen quantitativen Umfrage zum Potenzial der Partei Die Linke aufgrund des sogenannten Distanzgebots parteinaher Stiftungen vor Wahlen nicht mehr zu.

1 WELCHE WÄHLER*INNENPOTENZIALE? FÜR MEHR «UNTEN» IM «MITTE-UNTEN-BÜNDNIS»

Natürlich sollte eine Partei, eine links-sozialistische erst recht, ihre Politik nicht nach Wähler*innenpotenzialen ausrichten, sondern ein eigenständiges Profil ausbilden und dafür werben. Eine Partei, die überleben will, und darum geht es, kann aber nicht an ihren Wähler*innenpotenzialen vorbei agieren und muss schwierige Abwägungen treffen, wo die begrenzten Ressourcen eingesetzt werden sollen. Für die Linke geht es darum, in erster Linie ihre Kernwähler*innen zu mobilisieren, das wären derzeit nur noch etwa drei bis vier Prozent.

Natürlich reicht dieser Kern nicht mehr aus. Und tatsächlich ist das Potenzial der Linken gar nicht so klein; es hat sich seit Gründung des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bei immerhin 16 Prozent gehalten – so eine repräsentative Umfrage von Ende September 2024 – das sind fast 9,8 Millionen potenzielle Wähler*innen (Die Linke 2024).[2] Besonders stark ist ihr Potenzial immer noch bei Menschen mit geringen bis mittleren Nettohaushaltseinkommen (also unter 1.500 Euro bzw. unter 2.500 Euro). Bei unserer letzten Befragung direkt nach der Abspaltung von Sahra Wagenknecht lag es dort immerhin bei 24 Prozent. Allerdings schöpft keine andere Partei, bis auf die FDP, ihr Wähler*innenpotenzial schlechter aus als Die Linke (vgl. Candeias 2024a). Zwischen der potenziellen Neigung, der Wahlabsicht und dem tatsächlichen Abstimmungsverhalten kommt es jedoch zu einer Verschiebung der Einkommensklassen. Der Grund: Menschen mit geringen Einkommen gehen viel seltener zur Wahl. Es ist zwingend notwendig, diese großen Potenziale stärker zu heben. Viele Menschen hegen für die Inhalte der Linken immer noch eine Neigung – ein nicht gehobener Schatz, den es zu heben gilt.

Bei einer Partei mit begrenztem medialen Zugang (wie der Linken) heißt das vor allem, möglichst viele Mitglieder und Symphantisant*innen für den Wahlkampf zu mobilisieren, um über direkte Ansprache (an Haustüren und über «aufsuchende» Social-Media-Arbeit) Menschen zu motivieren, die Linke zu wählen – nicht zuletzt Nichtwähler*innen, die durchaus überdurchschnittlich oft zur Linken neigen.

Um welche Potenziale geht es denn? Rein quantitativ ist bei den etwas höheren Einkommen sowie bei den mittleren bis höheren Qualifikationen das Potenzial größer, bei Nettohaushaltseinkommen über 3.500 Euro ist es mittlerweile fast doppelt so hoch wie bei jenen mit unter 1.500 Euro (Die Linke 2024). Dieses relativ besser verdienende, nennen wir es sozial-ökologische und solidarische Potenzial ist ausgesprochen wichtig für Die Linke. Tausende der aktiven Neumitglieder Der Linken entstammen diesen Gruppen, dazu gehören aber auch Haushalte, in denen (mindestens) zwei Personen arbeiten, etwa Krankenpfleger*innen oder Erzieher*innen (Candeias 2024a).

Weshalb hebe ich dennoch die Gruppe mit niedrigeren Einkommen besonders hervor? Zum einen, weil eine linke und klassenpolitisch orientierte Partei politisch nicht auf die unteren Teile der Klasse verzichten kann. Zum anderen handeln die Vertreter*innen der zwei großen Wähler*innenpotenziale sehr unterschiedlich. Die einen sind politisiert oder stark politisch interessiert, haben aber ein stark taktisches Wahlverhalten, das andere ist demobilisiert. Als es bei der Wahl 2021 darum ging, ob die CDU wieder in einer großen Koalition den Kanzler stellt oder die SPD[3] in eine Koalition mit den Grünen geht, hat Die Linke aufgrund taktischen Wahlverhaltens enorm an Stimmen an diese beiden Parteien verloren (Candeias 2022a). Das Potenzial bei etwas höheren Einkommen und Qualifikationen mag quantitativ größer sein, aber bei einer 3-bis-4-Prozent-Partei ist die Gefahr einer «verlorenen Stimme» noch größer als sonst, die Wahrscheinlichkeit für taktisches Wählen hoch. Das wissen wir auch von uns nahestehenden Organisationen und Personen, die inhaltlich eigentlich bei der Linken sind, aber dennoch überlegen, ihr Kreuz bei SPD oder Grünen zu machen. Nichtdestotrotz sollte Die Linke sich weiter um sie bemühen, denn es geht nicht um das gesamte Potenzial – schon ein Zehntel davon wäre fast ausreichend.[4]

Bei Menschen mit geringen Einkommen besteht eher das Problem fehlender Wahlmotivation. Wenn Die Linke eine überzeugende Nichtwähler*innenstrategie verfolgt, sind in diesem Segment der Klasse wahrscheinlich mehr Stimmen zu holen als bei den etwas höheren Einkommen. Letztlich muss es ohnehin gelingen, beide Potenziale mit einem klassenpolitisch orientierten Profil in einem «Mitte-unten-Bündnis» (Michael Brie) zu verbinden.

2 Nur 12 Prozent der BSW-Anhänger*innen können sich vorstellen, Die Linke zu wählen. Zudem ist das Projekt des BSW noch jung und trotz Schwierigkeiten noch unverbraucht. Es dürfte – derzeit – für Die Linke nahezu ausgeschlossen sein, Wähler*innen zurückzugewinnen, die gerade erst zum BSW gewechselt sind. **3** Zudem hatte sich die SPD im Wahlkampf «re-sozialdemokratisiert», auch wenn sie nach den Wahlen erneut viele ihrer Forderungen nicht umgesetzt hat. **4** Immerhin hat die Unzufriedenheit mit der Politik der Grünen in der Regierung und nun in Vorbereitung auf eine mögliche Regierung mit der Union viele links eingestellte Grünen-Wähler*innen nachhaltig abgestoßen, was die Gefahr der taktischen Wahl etwas mindert. Dass diese Wähler*innen nun Die Linke wählen, ist aber keineswegs selbstverständlich, wie sich an den sinkenden Umfragewerten von Bündnis 90/Die Grünen und gleichzeitig nicht steigenden Werten bei der Linken zeigt.

2 WER SIND UND WAS DENKEN DIE NICHTWÄHLER*INNEN IM LINKEN POTENZIAL?

Die Gruppe derjenigen Wahlberechtigten, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, ist in unseren Untersuchungen mit Abstand die größte: Im linken Potenzial sind es rund 1,7 Millionen Nichtwähler*innen (Die Linke 2024). Mit dem BSW ist eine neue Partei hinzugekommen, die nach den ersten Ergebnissen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament sowie den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen vermehrt auch Nichtwähler*innen motivieren kann.

Generell sind viele der Befragten, die potenziell Die Linke wählen würden, in ihrer Wahlentscheidung unsicher (12 %). Besonders trifft dies auf Menschen mit formal geringerem Bildungsabschluss (19 %) und niedrigem Einkommen (20 %) oder Migrationshintergrund (17 %) zu sowie eben auf bisherige Nichtwähler*innen generell (19 %) und Befragte mit einer Präferenz für Kleinparteien («Sonstige», 29 %; vgl. Candeias 2024a). Viele, insbesondere Menschen mit geringen Einkommen sowie Nichtwähler*innen, benötigen erst noch weitere Informationen über die Politik der Partei (13 % bzw. 10 %; ebd.). Dies ist bereits ein erster Hinweis darauf, wie wichtig die direkte Ansprache ist.

Eine nicht zu unterschätzende Tatsache ist, dass sich viele Menschen mit geringen Einkommen nicht (mehr) mit Politik beschäftigen (11 %; ebd.). Bekanntermaßen gehen diese Wahlberechtigten auch besonders häufig nicht zur Wahl. Ursächlich dafür ist, dass sie erfahrungsgesättigt nicht daran glauben, dass die Politik zur Verbesserung ihrer Situation beiträgt. Entsprechend hat fast die Hälfte dieser Gruppe ihr Vertrauen in die politischen Institutionen unserer Demokratie verloren, wie eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) kürzlich herausfand (Brülle/Spannagel 2023). «Abstiegsängste, Ängste vor Statusverlust, Zerfall des Öffentlichen, nicht funktionierende öffentliche Infrastruktur – all das zerstört das Ansehen der Demokratie. Oder anders: Demokratie wird nicht an sich als allgemeiner Wert gesehen. Vielmehr wird erwartet, dass die Demokratie liefert, also jeweils ihre Probleme löst», so eine erfahrene Organizerin in einem Interview zur vorliegenden Studie.

Im Zuge von Corona- und Energiepreiskrise sowie der folgenden Inflation ist die Anzahl der Armutsbetroffenen in Deutschland weiter gestiegen (ebd.), während die oberen zehn Prozent und vor allem das oberste eine Prozent immer mehr Vermögen anhäufen. Die Interessen der ärmeren Bevölkerungsgruppen werden strukturell und durch abnehmende Wahlbeteiligung in den politischen Institutionen weniger oder nicht vertreten (ebd.), was bei dieser Gruppe zu weiter sinkender Beteiligung an Wahlen und an Politik generell führt – ein Teufelskreis.

2.1 «Das Ende des Monats erreichen» – ein quantitativer Blick auf Positionen von Nichtwähler*innen[5]

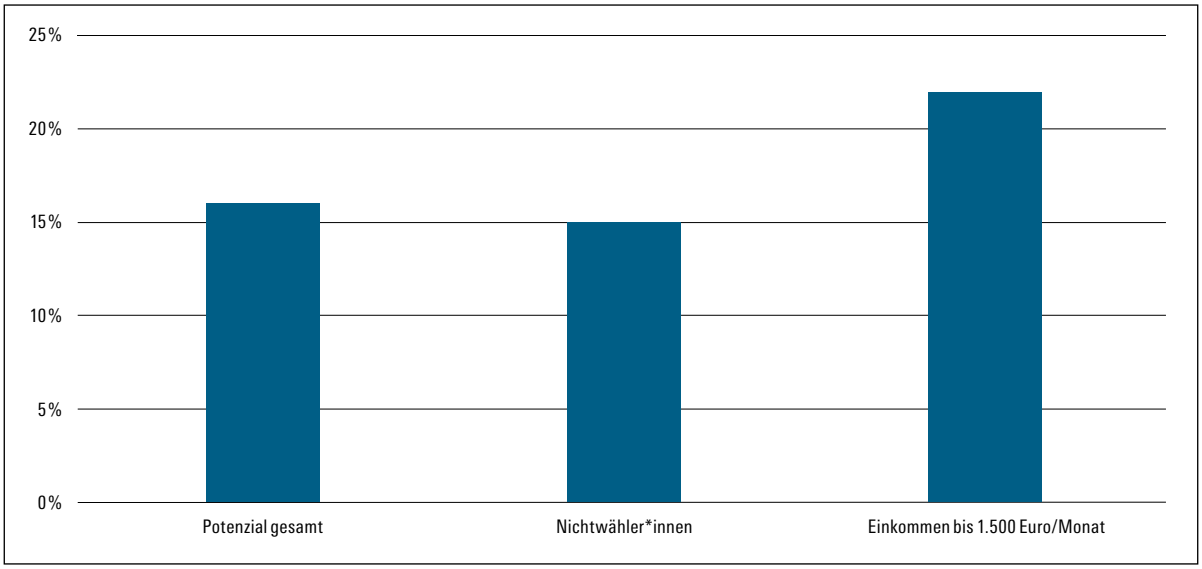
Bevor wir in die qualitative Untersuchung einsteigen, soll näher beleuchtet werden, was uns die quantitativen Daten über diese potenziell linke Wähler*innengruppe bisher verraten: Diese Nichtwähler*innen im linken Potenzial sind überwiegend erwerbstätig, viele sind alleinerziehend, etwa ein Viertel sind Rentner*innen, 7 Prozent sind arbeitslos und weitere 7 Prozent Studierende. Im Vergleich zu den Befragten im Wähler*innenpotenzial der Linken insgesamt arbeiten Nichtwähler*innen weniger; am häufigsten sind sie im Bereich Gesundheit und Pflege (17 %) tätig, dann – häufiger als im gesamten linken Potenzial – in Handel, Logistik und bei Lieferdiensten (14 %) sowie im Handwerk (13 %) und in der Erziehung (11 %; nur etwa halb so viele wie im Potenzial insgesamt). Sie sind – abweichend vom gesamten Potenzial – eher Fachkräfte und Techniker*innen (16 %), Verkäufer*innen (14 %), weniger Erzieher*innen und Lehrkräfte (9 %). Die berufliche Struktur ist gegenüber dem Rest des Potenzials verschoben: weg von den sozialen Berufen (die sonst über 40 % ausmachen) in Richtung Handel und Logistik, Handwerk und Informationsdienste, von denen vor allem die beiden letzten Bereiche insgesamt nur eine geringe Rolle spielen. Nichtwähler*innen im linken Potenzial sind unterdurchschnittlich oft Mitglied in einer Gewerkschaft (11 % gegenüber 16 %; alle Daten: Candeias 2024a).

Um sich der spezifischen Gruppe von Nichtwähler*innen zu nähern, die uns in dieser Untersuchung besonders interessieren soll, Menschen in benachteiligten Viertel, ehemalige Hochburgen der Linken bei Wahlen, müssen wir die Daten für Nichtwähler*innen und Menschen mit geringen Nettohaushaltseinkommen (bis zu 1.500 Euro monatlich) zusammen denken. In Abbildung 1 sind die jüngsten Zahlen einer repräsentativen Umfrage (Die Linke 2024) dargestellt.

Deutlich stärker als die übrige Bevölkerung fühlen sich Nichtwähler*innen (zu fast 70 %) von der Inflation betroffen und beklagen, dass ihnen am Ende des Monats Geld fehle, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten (Candeias u. a. 2022). 14,2 Millionen Menschen müssen laut letztem Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands (2024: 3) hierzulande als einkommensarm bezeichnet werden. Mehr als ein Viertel von ihnen ist erwerbstätig, ein weiteres knappes Viertel ist in Rente und mehr als ein Fünftel sind Kin-

5 Im Folgenden bisher unveröffentlichte Sonderauswertung der Zahlen für Nichtwähler*innen aus den vom Meinungsforschungsinstitut Kantar im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführten Befragung der Jahre 2022–24 (Candeias 2022a/c, Candeias u. a. 2023 und Candeias 2024a) sowie aus einer unveröffentlichten Umfrage für die Bundestagsgruppe der Linken aus dem Herbst 2024 (Die Linke 2024).

Abbildung 1: Wähler*innenpotenzial Die Linke (Herbst 2024) in Prozent



Quelle: eigene Grafik nach Daten aus: Die Linke 2024

der. Nur knapp fünf Prozent sind erwerbslos: «Alleinerziehende [43 %!] und Haushalte mit drei und mehr Kindern [32 %] haben die höchste Armutsbetroffenheit aller Haushalte. Auch Erwerbslose und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen sowie Migrationshintergrund sind stark überproportional betroffen. Frauen weisen […] mit 17,8 Prozent eine deutlich höhere Armutsquote auf als Männer mit 15,8 Prozent. Besonders gravierend ist die Diskrepanz zwischen den Geschlechtern bei älteren Personen ab 65 Jahren. Auch die Kinderarmut liegt auf einem erschreckend hohen Niveau.» (Ebd.) Wie noch gezeigt werden wird, können wir von einer großen Schnittmenge von Armutsbetroffenen und Nichtwähler*innen ausgehen. Der jüngste Verteilungsbericht des WSI zeigt, «dass selbst oberhalb des Armutssegments und sogar in der unteren Mitte der Gesellschaft die politische Teilhabe teilweise brüchig ist» (Brülle/Spannagel 2023: 1).

Seit der Corona-Pandemie geht die Schere immer weiter auf. Mit der Energiekrise infolge des Ukraine-Krieges, der daraufhin einsetzenden angebotsgetriebenen Inflation (Hickel 2022), besonders bei Energie und Lebensmitteln, kommt es zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten, der besonders ärmere Haushalte trifft, weil Grundgüter des täglichen Bedarfs hier einen wesentlich höheren Anteil des verfügbaren Einkommens ausmachen als bei Haushalten mit höheren Einkommen. «Über den 5-Jahres-Zeitraum seit Oktober 2019 war die Teuerungsrate für einkommensschwache Familien mit 20,9 Prozent im Haushaltsvergleich am höchsten, gefolgt von Paaren mit Kindern und mittleren Einkommen, die eine Inflation von insgesamt 20,3 Prozent schultern mussten.» (IMK 2024) Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich im selben Zeitraum sogar um 37,1 Prozent, Energie war trotz der deutlichen Preisrückgänge in letzter Zeit um 37,3 Prozent teurer als im Oktober 2019 (ebd.).

Kontinuierlich steigende Mieten, das Ende der Sozialbindungspflicht, drohende Modernisierungsmaßnahmen, dazu die sinkende Kulanz von Wohnungsbaugesellschaften gegenüber Familien mit Mietrückständen – bei Immobilienkonzernen wie Vonovia als Eigentümern erst recht; Nachzahlungen im Zuge der nach der Energiepreiskrise dauerhaft hohen Strom- und Gaskosten, die nur noch mit Schulden beglichen werden – oder eben gar nicht und dann zu vermehrten Stromabschaltungen führen, dazu die Ankündigung einer Wärmewende, die von Vermietern wieder auf die Miete umgelegt wird. Der Anteil der Wohnkosten der armutsgefährdeten Bevölkerung liegt seit Jahren um die 50 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens (Destatis 2020). Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat sich der Anteil der Haushalte, die mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen, von 1991 bis 2021 verdreifacht – von 5 auf 14 Prozent (zit. n. Der Spiegel, 4.12.2024).[6] Die Mieten steigen seit Jahren, längst nicht mehr nur in Großstädten. Zwar ist Berlin hier Spitzenreiter mit einer Steigerungsrate von 102 Prozent zwischen 2014 und 2023 (Tagesspiegel, 24.11.2024).[7] Doch erhöhten sich die Mietpreise nach Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) etwa im Jahr 2022 in 394 von 401 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten im Durchschnitt um rund 6 Prozent. Bei den Bundesländern lag Mecklenburg-Vorpommern mit einer Mietsteigerung von 10,3 Prozent vorn (Rostock steht mit 31 % an erster Stelle), gefolgt von Brandenburg (9,1 % insgesamt, im brandenburgischen Landkreis Havelland 29 %) und Berlin (8,3 %; vgl. Masengarb 2022).

6 www.spiegel.de/wirtschaft/wohnkosten-deutsche-geben-gut-ein-viertel-des-einkommens-fuers-wohnen-aus-a-b94c294a-d96a-4fa0-a64f-791e0f373404 **7** www.tagesspiegel.de/politik/kosten-in-berlin-verdoppelt-mieten-in-deutschen-grossstadten-seit-2014-massiv-gestiegen-12760355.html

Dazu kommt eine nachteilige Entwicklung der Reallöhne. Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2024 von 12,00 Euro auf gerade einmal 12,41 Euro (und um weitere 41 Cent zum 1.1.2025) bleibt weit hinter den Reallohnverlusten zurück. Entsprechend einer neuen EU-Richtlinie müsste der Mindestlohn weiter erhöht werden – ein Antrag der Fraktion Die Linke im Bundestag vom November 2023, den Mindestlohn auf 14 Euro pro Stunde anzuheben, wurde jedoch auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt, obwohl sie die Forderung selbst teilen.

Die Reallöhne sind zwar insgesamt im Jahr 2024 dank besserer Tarifabschlüsse endlich wieder gestiegen. «Die Kaufkraftverluste der Vorjahre konnten damit etwa zur Hälfte kompensiert werden. Insgesamt liegt das preisbereinigte Niveau der Tariflöhne jedoch immer noch deutlich unter dem Spitzenwert des Jahres 2020», so das WSI (2024).[8] Beschäftigte ohne Tariflohn, vor allem im Niedriglohnsektor, bleiben hinter diesen Steigerungen zurück.

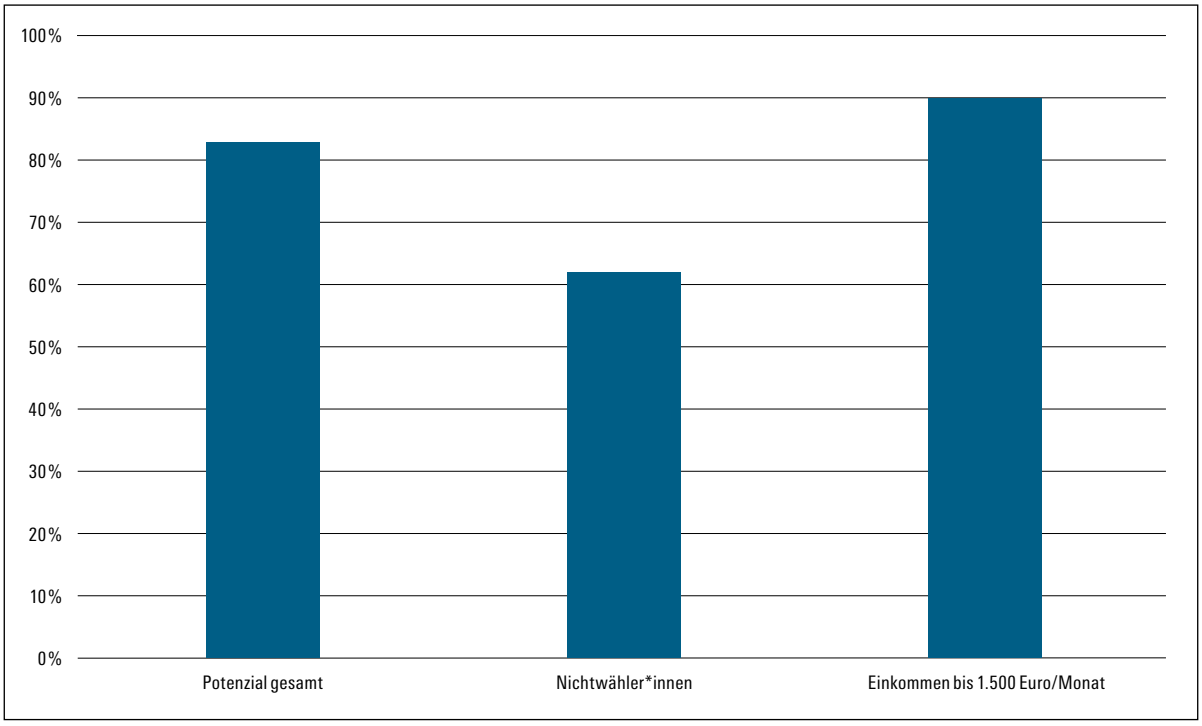
Diese Entwicklungen treffen immer stärker auch Haushalte der sogenannten Mittelschicht. Haushalte im prekären Bereich rutschen ab. Denn die Inflationsrate ist zwar zurückgegangen, aber die geringere Rate trifft auf ein bereits stark erhöhtes Preisniveau – die Preise für lebenswichtige Güter gehen nicht oder kaum zurück. Nachzahlungen bei Energie- und Nebenkosten der Miete zehren die Rücklagen auch in der Mitte der Gesellschaft auf. In den unteren Teilen der Arbeiter*innenklasse sind Rücklagen gar nicht erst vorhanden. «Der exorbitante Anstieg der Lebenshaltungskosten [ist] von größter armutspolitischer Bedeutung, da solch hohe Kaufkrafteinbußen im untersten Einkommenssegment dazu führen, dass der Realwert von Sozialtransfers wie Grundsicherung, Wohngeld oder BAföG sinkt. Das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum, das mit den Regelsätzen in der Grundsicherung abgedeckt werden soll, kann damit gar nicht mehr erreicht werden.» (Paritätischer Gesamtverband 2024: 19) Studien belegen, dass mit den aktuellen Bürgergeld-Sätzen kein gesundes Essen zu finanzieren ist (Frankfurter Rundschau, 1.10.2022). Der Kaufkraftverlust trifft immer mehr Menschen auch mit niedrigen bis mittleren Löhnen besonders hart.

Die finanzielle Unsicherheit macht vielen Menschen Angst: «Zunehmend berichteten Beratungsstellen von der wachsenden Verzweiflung derer, die schlechterdings nicht mehr wussten, wie sie mit ihren Familien überhaupt noch finanziell das Ende des Monats erreichen sollen, wie sie ihre Stromrechnungen oder ihre Mieten zahlen sollen.» (Paritätischer Gesamtverband 2024: 19)

Die Auseinanderentwicklung von Löhnen und Sozialleistungen, die kaum noch für ein würdiges Leben ausreichen, auf der einen Seite und teilweise stark ansteigenden Krisen- und Kriegsgewinnen großer Unternehmen, insbesondere von Vermögen des «einen Prozents» der Superreichen, auf der anderen Seite wird in vielfältiger Weise als Verletzung des Leistungsprinzips,

8 www.wsi.de/de/pressemitteilungen-15991-nominale-tarifloehne-steigen-2024-65447.htm

Abbildung 2: Zustimmung im linken Wähler*innenpotenzial zur Besteuerung hoher Vermögen (Herbst 2024) in Prozent



Quelle: eigene Grafik nach Daten aus: Die Linke 2024

als unverdienter Reichtum, verweigerter Ausgleich, als zynische Ignoranz der Herrschenden gegenüber Bedürftigkeit verstanden.

Obwohl man an die «Reichen und Mächtigen» nicht herankomme, befürworteten Nichtwähler*innen auf dem Höhepunkt der Energiepreiskrise die Abschöpfung von Übergewinnen jener Unternehmen, die von Energiekrise, Inflation und Krieg profitierten (84 %; Candeias u. a. 2022). Ebenfalls sehr deutlich sprachen sich Nichtwähler*innen im Jahr 2023 überdurchschnittlich stark für eine Vermögenssteuer aus (zu 69 %; ebd.: 12). Im Jahr 2024 tun sie dies noch unterdurchschnittlich zu 62 Prozent; Menschen mit niedrigen Nettohaushaltseinkommen (Wähler*innen wie Nichtwähler*innen) ist dies aber immer noch sehr wichtig (90 % im Vergleich zum Gesamtpotenzial mit 83 %; siehe Abb. 2). Die Erwartung an eine durchsetzbare Rückverteilung schwindet wieder ein wenig, die Zustimmung bleibt aber hoch. Die Perspektive, Ungleichheit zu verringern, bleibt bei Nichtwähler*innen (79 %) wie bei Menschen mit geringen Einkommen (86 %; vgl. Die Linke 2024) generell wichtig.

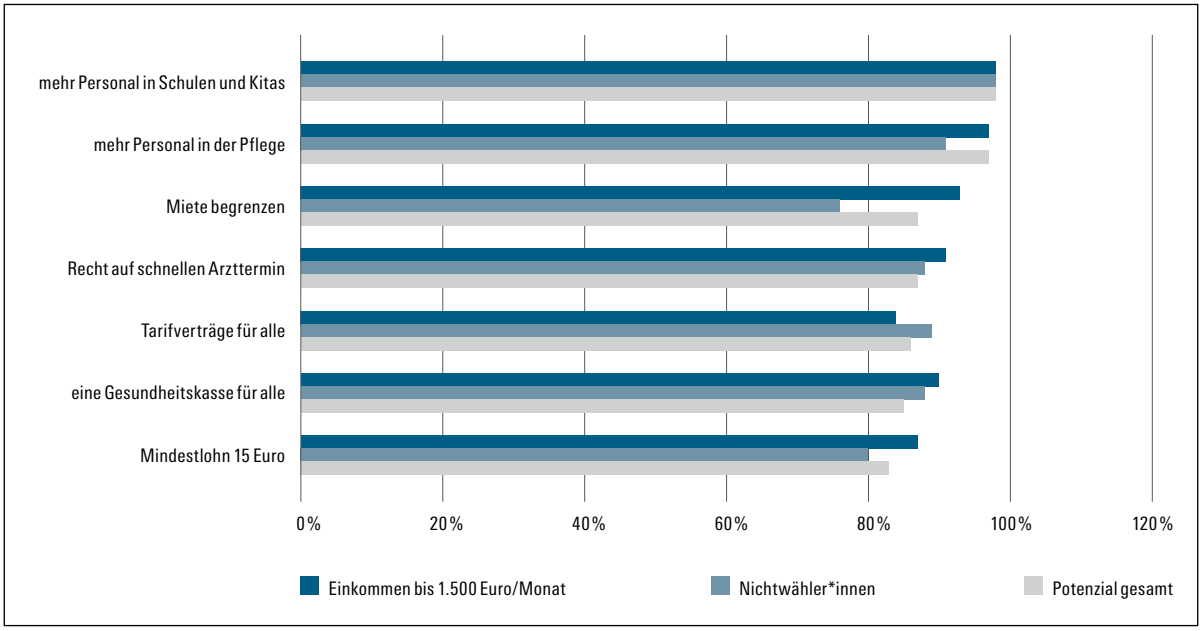
Bei den zentralen sozialpolitischen Forderungen gibt es im Herbst 2024 zwischen dem linken Wähler*innenpotenzial im Allgemeinen und Nichtwähler*innen sowie Menschen mit niedrigen Nettohaushaltseinkommen im Besonderen nur kleinere Abweichungen in der Reihenfolge (siehe Abb. 3).

Die Frage, ob die Partei Beschäftigung bzw. «gute Arbeit» und Klimaschutz gleichrangig voranbringen sollte, also das Soziale und das Ökologische systematisch zu verbinden, bejaht die Mehrheit der Nichtwähler*innen (54 %), nur ein Viertel plädiert für eine stärkere Betonung von sozialen Reformen (24 %; Candeias 2022a). Linke klimapolitische Aktivitäten werden umso stärker unterstützt, je mehr sie die sozialen Aspekte in den Vordergrund rücken: Ausbau des Nahverkehrs, kostengünstige Tickets, Grundkontingente bei Energie mit steigenden Preisen für Mehrverbräuche etc. Da unterscheiden sich Nichtwähler*innen kaum vom übrigen linken Potenzial. Das zeigt auch die Umfrage im Herbst 2024 (siehe Abb. 4). Und bei Menschen mit geringen Einkommen erreichen die Forderungen, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auszubauen (94 %), den klimaschädlichen Verkehr stärker zu begrenzen (92 %) und die Preise für Strom und Heizung sozial zu staffeln (84 %) noch höhere Zustimmungswerte als im übrigen linken Wähler*innenpotenzial.

Wofür würden Nichtwähler*innen staatliche Mehreinnahmen ausgeben? Prioritär für Investitionen in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mit ausreichend Personal (68 %; gegenüber 80 % im gesamten linken Potenzial) sowie in Schulen und Kitas – ebenfalls mit ausreichend Personal (63 %; gegenüber 83 %; Candeias u. a. 2022: 23). Die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu organisieren – dafür sprechen sich Nichtwähler*innen zu mehr als drei Vierteln aus (76 %), Menschen mit geringem Haushaltseinkommen sogar zu vier Fünfteln (80 %; Die Linke 2024). Generell kommt das Stichwort «mehr Sozialismus wagen» bei über der Hälfte der Nichtwähler*innen in unserem Potenzial gut an (Candeias 2022a).

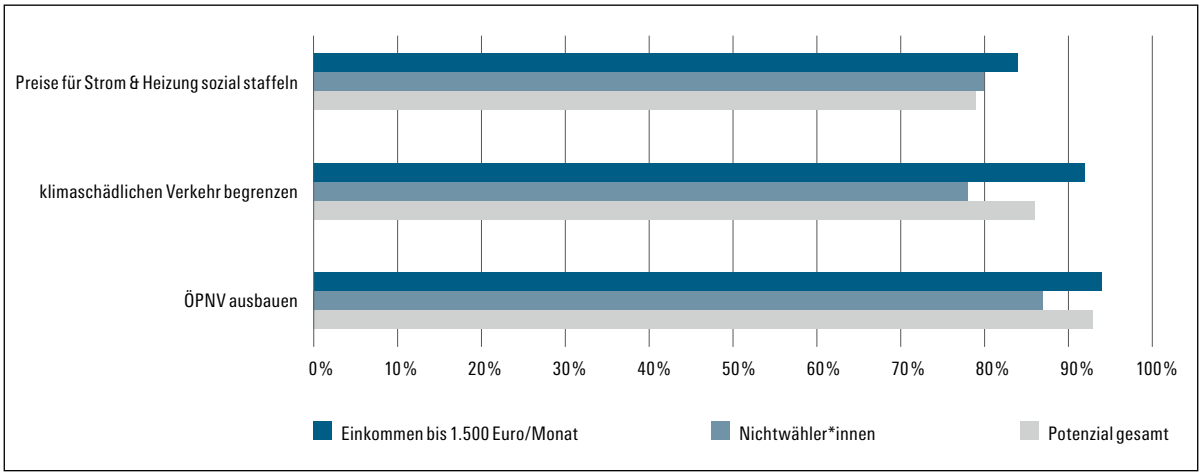
Nichtwähler*innen beklagen mit Blick auf die Arbeitswelt zu geringe Löhne (46 %), Stress am Arbeitsplatz (47 %) und zu viele Überstunden (30 %). Dafür wünschen sie sich eine Angleichung der Löhne von Frauen und Männern (61 %), bessere Personalschlüs-

Abbildung 3: Wichtigste sozialpolitische Forderungen im linken Wähler*innenpotenzial (Herbst 2024) in Prozent



Quelle: eigene Grafik nach Daten aus: Die Linke 2024

Abbildung 4: Zustimmung zu linken klimapolitischen Aktivitäten im linken Wähler*innenpotenzial (Herbst 2024) in Prozent



Quelle: eigene Grafik nach Daten aus: Die Linke 2024

sel in der Pflege, an Schulen und Kitas (57 %) sowie höhere Löhne für mittlere und niedrige Lohngruppen (46 %; Candeias 2024a).

Nichtwähler*innen im linken Potenzial teilen also weitgehend die Forderungen und Positionen der Partei Die Linke. Allerdings nützt das wenig. Der Verlust von Stimmen etwa auch für die SPD, vor allem aber für Die Linke erklärt sich nicht zuletzt aus dem Effekt der Klassenlage: «Wie man wählt, hängt weniger eng mit der Klassenlage zusammen» als früher, aber «ob man wählt dafür umso stärker» (Schäfer 2015: 133), heute mehr denn je.[9]

2.2 «Sich das Leben nicht mehr leisten können» – ein qualitativer Blick darauf, was Nichtwähler*innen bewegt

Jenseits von Zustimmungswerten für einzelne Positionen und Forderungen ermöglicht es die qualitative Befragung, Zusammenhänge, Bedeutungsstrukturen und auch Gefühlslagen von Einzelnen zu analysieren. Erst aus dieser Multiperspektivität offenbart sich die Dramatik bestimmter Entwicklungen.

Gefragt nach den wichtigsten politischen Problemen werden häufig ganze Bündel von miteinander verwobenen sozialen und anderen Problemen genannt, die den Einzelnen unter den Nägeln brennen. Thematisch sind dabei Miete und Wohnen, Löhne und Renten sowie die Preisentwicklung zentral. Auch die eigene Gesundheit, die Sorge, noch mithalten zu können, spielen eine wichtige Rolle, ebenso wie die Abwehr der Hetze gegen Bezieher*innen von Bürgergeld.

Sorgen bereiten auch die Folgen des Klimawandels und die Gefahr von Kriegen. Migrationsfragen werden von Nichtwähler*innen im linken Potenzial eher selten von selbst angesprochen. Die Gefahr einer erstarkenden radikalen Rechten hingegen bewegt viele Nichtwähler*innen im linken Potenzial.

Durch alle Antworten dringt das Leiden an fehlender Anerkennung, am mangelnden Respekt für das Leben unter schwierigen Bedingungen und für die Leistung, auch unter benachteiligenden Verhältnissen einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Dies verbindet sich bei vielen Befragten mit dem Eindruck, keine Perspektive einer Verbesserung der eigenen Situation sowie der politischen Verhältnisse insgesamt zu haben.

Für eine Verkäuferin aus Berlin-Wedding mit einem Kind, die in Teilzeit arbeitet und ein Haushaltsnettoeinkommen von circa 1.800 Euro hat, sind es die Lebenshaltungskosten insgesamt, die ihr zu schaffen machen: «… kein Urlaub drin, kein Auto, Supermarkt teuer, Pulli und Decken statt Heizen, … schwer, 'nen Termin beim Arzt zu bekommen … die Angst vor Wohnungsverlust». Das alles verdichtet sich zu der Sorge, dass es für «das Nötigste zum Leben» bald nicht mehr reicht. Politik hat daher für sie «nichts mehr mit den kleinen Leuten zu tun».

Ein Handwerker aus Leipzig-Lößnig, Anfang 50, mit Frau und zwei Kindern, benennt ebenfalls eine ganze Palette sozialer Probleme: Es beginnt bei der Gesundheit, «da hat man ja den Eindruck, das ist irgendwie eine Zwei-Klassen-Medizin, für Privatpatienten haben die immer Zeit … und dann wollen sie dir immer was verkaufen, beim Zahnarzt, musste aber selber zahlen. Warum?» Und weiter: «Die Kita schließt zu häufig, weil Personal krank [ist] oder nicht genug … Das bringt vor allem meine Frau immer wieder in Stress … und die wollen das Haus hier modernisieren, sagen sie, ewig Baustelle, und dann steigt die Miete wieder, dabei wird eh schon alles teurer.» Nach aktuellen bundespolitisch diskutierten Themen gefragt: «Also, ich bin ja auch nicht dafür, dass zu viele hierherkommen nach Deutschland, aber die Hetze gegen Ausländer, nee, das ist doch Mist, da sind doch viele in Not – Kinder,

9 Umgekehrt hat sich die Klassenwahl bei Parteien wie der FDP, bei Bündnis 90/Die Grünen und (wenn auch etwas weniger) bei der CDU sogar noch verstärkt (Schäfer 2015: 133 ff.): Ihre Wähler*innen erzielen die höchsten Einkommen, sind Selbstständige, Unternehmer*innen oder Beamt*innen im öffentlichen Dienst.

Familien, wegen Krieg und so … Frieden wär' schon wichtig, nicht immer mehr Waffen, bringt doch nix. Die sollen mal miteinander reden, sich einigen, jeder gibt was …» Nach einer Denkpause kommt er zur Klimapolitik: «Naja, merkt man doch, die Hitze macht mir schon oft zu schaffen auf der Baustelle, auch in der Wohnung hier, oder im Garten das Wasser, ist schon real mit dem Klimawandel. Aber kann ja nicht immer alles teurer werden. Muss doch 'ne andere Lösung geben.»

Eine alleinerziehende, in Teilzeit arbeitende Arzthelferin aus der Berliner Gropiusstadt mit einem Haushaltsnettoeinkommen von circa 1.700 Euro, die mit Bürgergeld aufstockt, meint: «In Teilzeit verdiene ich nicht genug, habe aber trotzdem dauernd Stress, mich ausreichend ums Kind zu kümmern. Für mehr ist keine Zeit, für Politik schon gar nicht. Hab keinen Kopf, mich damit auseinanderzusetzen … Naja, alles kostet zu viel, es reicht nicht, um dem Kind mal eine Freude zu machen, dauernde Konkurrenz, auch unter den Kindern, kann ich nicht mithalten, das frustriert. … [Ein] Auto kann ich mir nicht leisten.» Aber der ÖPNV sei okay und die Miete mit Aufstockung auch noch leistbar, «aber schön ist anders». «Mehr Erzieher an der Schule wären gut», aber da kürze der Senat gerade die Mittel. Sie hat den Eindruck: «Es wird alles immer härter, mehr Konkurrenz, mehr Druck, mehr Leistung wird verlangt, aber [es gibt] nicht mehr Geld, wobei – mein Chef ist schon ganz okay, aber so im Allgemeinen, die Ämter, auf der Straße, [die] Leute sind irgendwie alle gestresst und ruppiger.»

Eine arbeitslose Masseurin aus der Berliner Gropiusstadt, Anfang 50, kinderlos, Bezieherin von Bürgergeld, hat die Erfahrung gemacht, nicht mehr mithalten zu können: «Ich bin gesundheitlich angeschlagen – Rheuma, Gelenke, Rücken – renne von Pontius zu Pilates [als Wortspiel gemeint]. Du wirst behandelt … in der Praxis manchmal, als ob du nur so tust, um nicht zu arbeiten, dabei kriegst du kaum Termine. Find' mal einen guten Arzt. Und find' mal eine Arbeit, die du durchhältst. Was soll man denn arbeiten mit meiner Gesundheit? Machen Sie was im Büro? Schön für Sie. Lange sitzen kann ich aber auch nicht und, naja, mit meiner LRS [Lese-Rechtschreib-Schwäche] … Im Jobcenter ist die eine, die ist ganz nett, aber Druck macht die trotzdem. Mein Selbstbewusstsein wird da auch nicht gerade besser. Aber alle machen die ganze Zeit, hab' den Eindruck, die kriechen alle auf dem letzten Loch, aber jeder für sich, nur Konkurrenz, keine Solidarität. … Und dann die Preise im Supermarkt …» Sie bricht frustriert ab. Nach den aktuellen bundespolitisch diskutierten Themen befragt, setzt sie neu an: «Naja, was ich gesagt habe, der soziale Ausgleich irgendwie, geht immer mehr auseinander. Und an die oben kommst du nicht ran … Ja, umverteilen, rückverteilen, hast du gesagt, finde ich ganz gut, die nehmen das ja auch nur von den Lebenden, von uns, müsste man sich zurückholen, aber machen sie halt nicht. … Da dürfen wir hier im Sommer schwitzen in unseren Wohnungen und im Winter frieren, sollst aber immer mehr bezahlen, für den Krieg, die Miete, die Zuzahlungen beim Arzt, für'n Strom, jetzt sogar fürs Fernsehen [sie meint Kabelfernsehen]. Alles ganz schön ungerecht.»

Für eine Krankenpflegerin aus Leipzig-Lößnig, Mitte 50, mit einem Kind und einem Haushaltsnettoeinkommen unter 2.500 Euro ist die Frage des Durchhaltens ebenfalls prägend: «Also im Beruf durchzuhalten schafft mich ganz schön, auch gesundheitlich [ist es] nicht so einfach. Da bleibt wenig Raum für anderes. … Ja, Entlastung, mehr Personal ist wichtig, gern auch aus anderen Ländern, Hauptsache, die packen an. … Und in der Schule ist das ja auch das Problem, zu wenig Lehrer, Unterricht fällt aus, auch gute Lehrer, mehr Angebote, so was. … Wohnung geht noch, aber Strom- und Heizungsrechnung waren schon wieder heftig, auch im Supermarkt bekommst du gefühlt ein Drittel weniger fürs gleiche Geld. Man muss schon mehr rechnen. … Und am Ende landest du in der Armutsrente, war ja gerade in den Nachrichten, wie viele das trifft. Kenne auch viele hier vor Ort mit ganz kleinen Renten. Aber daran versuche ich nicht zu denken.» Sie empfinde Angst, wenn sie an die Zukunft denkt.

Eine kinderlose zahntechnische Assistentin aus Berlin-Wedding, Anfang 30, mit arabischem Migrationshintergrund und einem Nettoeinkommen von circa 1.700 Euro, findet: «Eine gute Arbeit, die hab' ich. Eine schöne Wohnung hätte ich gern, aber das ist in Berlin fast aussichtslos. … [Ich] lebe noch bei meinen Eltern. … Einen Freund hätte ich auch gern, aber die Männer, das ist ein Thema für sich. Ich bin ja keine Feministin, aber die Männer sind so, naja, angeberisch und so schnell auf Hundertachtzig. Meine Eltern verstehen das. … Was noch? Der ganze Müll auf der Straße … Meine Eltern machen sich Sorgen um die Rente und ob sie es bis dahin überhaupt schaffen mit der Arbeit. Aber zusammen reicht es, auch wenn echt alles immer teurer wird. … Nur beim Fleisch, da finde ich's okay mit den Preisen, weil die Tiere ja sonst unter schlimmen Bedingungen gehalten werden.» Angesprochen auf medial diskutierte politische Themen wünscht sie: «Also, mehr Toleranz wäre wichtig, von allen. Ist alles so gegeneinander, wir Ausländer sind an allem schuld. Ich finde die Silvesterkrawalle und diese Angeber auch doof, aber was daraus gemacht wurde, das waren ja auch nicht nur die Rechten, irgendwie fast alle … ist gut, wenn die Linke da nicht mitmacht, aber es waren zu wenige.» Soziale Fragen wie bezahlbare Mieten und die Preisentwicklung insgesamt sind in ihrer Realität mit Aspekten des Machismo, Sexismus und Rassismus verwoben.

Einem Auszubildenden (kaufmännische Lehre) aus der Göttinger Weststadt, Mitte 20, mit weniger als 1.500 Euro Einkommen, macht Letzteres unmittelbar Probleme: «Auf jeden Fall [brauche ich] mehr Geld … nach der Ausbildung wird das vielleicht besser. Aber mir eine eigene Wohnung zu leisten, auch nicht leicht. Ein Auto wär' nett.» Auf aktuelle politische Debatten angesprochen, wird er unsicher: «Weiß nicht. Irgendwie so Aufstiegschancen. Sich mal was leisten zu kön-

nen oder mal was zu erleben, reisen oder so. Geht ja den meisten hier so.» Er überlegt: «… ist schon ungerecht, was manche sich so leisten können … finde schon, dass es irgendwie gerechter sein müsste so insgesamt … Wie haben denn manche so ihre Millionen gemacht? Geerbt. Die haben doch nix gemacht, gearbeitet oder so. Wissen die überhaupt, wie das geht?»

Ein Freund, ebenfalls in kaufmännischer Ausbildung, Mitte 20, mit türkischem Migrationshintergrund, wünscht sich: «Vielleicht mal eine Familie gründen. Aber dafür muss man erst mal was verdienen. Ich weiß nicht … will auch mal was erleben. Aber Geld kannst du nur mit krummen Dingern machen.» Allgemein denkt er: «Es gibt keine Möglichkeit, irgendwie aufzusteigen. In der Schule war ich nicht so gut. Reicht für die Ausbildung, aber mehr … Lernen ist nicht so meine Stärke. Und [ein] Leben lang abrackern und doch nur Schulden abbezahlen … Sehe ich doch bei meinen Eltern. … Klassengesellschaft? Ja, würde ich schon sagen, ganz klar: unten und oben. Müsste man was ändern, mehr gleich für alle. … Aber eigentlich geht das ja mehr in eine andere Richtung mit den Rechten, gegen uns. Als ob wir irgendwem was wegnehmen würden. Die wollen uns weghaben. Freunde sind von so Nazis schon ordentlich vermöbelt worden.» Eigentlich sehen die beiden jungen Männer kaum Perspektiven für sich – die Gesellschaft sei nach oben hin verbaut, ein «normales» Leben mit Wohnung, Familie, Auto rückt in kaum erreichbare Ferne.

Ein Briefträger aus Berlin-Wedding, Mitte 40, mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von unter 2.500 Euro, konstatiert: «Das Geld reicht gerade so, man muss jeden Cent zweimal umdrehen, alles wird teurer. Selbst in der Schule soll ich für dies und das bezahlen. Und da kann man ja nicht Nein sagen, weil die Kinder sowieso schon so viel vergleichen. Einkaufen ist teuer, Unternehmungen sind teuer … Ich müsste mir meine Zähne machen lassen, kannste vergessen, Prophylaxe wäre wichtig, für über 100 Euro, haha … Und dann weiß man nicht, wie lange das mit der Miete noch geht oder den Nebenkosten, der Gasetagenheizung … während die Gegend hier sich immer mehr verändert: Erst kommen die Studenten, dann die Spekulanten, aber [der] Bäcker macht zu, die alte Kneipe macht zu usw. … Bei der Arbeit? Ist ganz okay, der Druck nimmt zu, bin schon ganz schön gehetzt, aber der Job ist sicher. Aber ob ich das bis zur Rente durchhalte? Und bis dahin kann ich nur hoffen, dass die Kids was Anständiges finden – weil, unterstützen kann ich die dann nicht mehr.» Nach der allgemeinen politischen Lage gefragt, ergänzt er: «Irgendwie ist alles unsicher geworden, kein Zusammenhalt mehr, jeder gegen jeden. Nachrichten sind ätzend, Social Media nur Katzenvideos oder Beschimpfungen … Zukunft? Sieht nicht gut aus, bin da eher pessimistisch.»

Die von den Befragten aus benachteiligten Wohnvierteln mit eher niedrigen Einkommen angesprochenen Probleme sind nicht neu und als belastende Faktoren lange bekannt. Doch wie sehr sich diese Probleme verdichten, wie stark der Druck steigt und aus Sorgen Ängste werden, erreicht eine neue Qualität. Viele der Befragten teilen die Auffassung, dass die gegenwärtige Politik in die «falsche» Richtung gehe – und vor dem eigenen Erfahrungshintergrund eigentlich noch nie «in ihrem Sinne» gewesen sei. Zusammenhalt und Solidarität gingen verloren, die Konkurrenz nehme zu. Hinzu kommen für viele Befragte persönliche Anfeindungen aufgrund vermeintlich leistungslosen Bezugs von Transfereinkommen und die Erwartung, dass solche Leistungen in Zukunft sinken bzw. mit verschärften Sanktionen verbunden sein könnten. All diese Punkte verdichten sich zu einer neuartigen Empfindung von Angst – der Angst davor, sich das «Leben nicht mehr leisten zu können».

3 «WÄHLEN IST ECHT MEIN GERINGSTES PROBLEM» – NICHTWÄHLEN: EINE KLASSENFRAGE

Versucht man, empirische Daten über Nichtwähler*innen zu erheben, offenbart sich ein Problem der Wahlforschung: Sie entziehen sich den Befragungen weitgehend, erst recht sind Nachwahlbefragungen unter Nichtwähler*innen nahezu unmöglich. Armin Schäfer konstatiert zudem: «In fast allen Befragungen liegt der Wähleranteil deutlich über der tatsächlichen Wahlbeteiligung» – der Wähleranteil wird systematisch «überschätzt» (2015: 81). Viele Menschen geben demnach an, wählen zu gehen, tun dies aber dann doch nicht.

Laut Schäfer bilden Nichtwähler*innen «keinen Querschnitt der Bevölkerung, auch wenn dieser Eindruck medial vermittelt wird» (ebd.: 121). Für ihn ist Nichtwählen eine Klassenfrage: Zwischen dem unteren und dem oberen Einkommensdrittel liege in der Wahlbeteiligung ein Unterschied von rund 20 Prozentpunkten (ebd.: 97). Tatsächlich glauben «untere Einkommensgruppen überdurchschnittlich häufig, ihre Stimmabgabe bei Wahlen mache keinen Unterschied». Die immer weiter wachsende Einkommensungleichheit wirkt beteiligungshemmend, «wenn sie die Schlechtergestellten entmutigt, durch politisches Handeln das eigene Leben verbessern zu können» (ebd.: 88) – eine Form der asymmetrischen Demobilisierung, so Schäfer.

Nichtwählen ist in den unteren Teilen der Klassenhierarchie überwiegend ein Akt, in dem sich Unzufriedenheit mit der Politik und zunehmend Fatalismus äußern. So sagt in unserer Befragung eine alleinerziehende Arzthelferin und Aufstockerin aus der Berliner Gropiusstadt: «Ich verstehe die Politik nicht. Hat nichts mit mir zu tun, mit meinen Interessen. Nicht glaubwürdig. Die diskutieren Sachen, die mit mir nix zu tun haben. Ist mir doch egal, ob Männer Kerle lieben oder sich jemand als Frau fühlt, soll jeder machen, wie er will. Oder ob einer Ausländer ist oder irgendwie woanders Wurzeln hat, wichtig ist doch, wie der drauf ist, ob er nett ist, mit anpackt. Oder Fahrradwege, ist doch was Gutes, wieso die Aufregung? Aber keiner redet von den Gehältern, vor allem für Frauen, in den Gesundheitsberufen, oder mehr Zeit. Oder den Preisen, alles immer teurer, oder die Wohnungsprobleme. 29-Euro-Ticket finde ich gut. Das sind so die Sachen.» Die sozialen Probleme der Menschen und die Debatten der medial vermittelten Politik fallen für diese Menschen mehr und mehr auseinander. Sie nehmen deutlich wahr, «dass die politischen Entscheidungsträger ihre Präferenzen kaum berücksichtigen und sich nicht um ihre Interessen kümmern», so Brigitte Geißel (zit. n. Jörke 2017: 36). Sie stellen fest, dass «die Politik nicht nur weit weg von ihnen stattfindet, sondern an vielen Stellen auch gegen sie gerichtet ist» (Borchardt/Nguyen 2024).

Auf die Proteste gegen die Agenda 2010 und die Wirtschaftskrise folgten die Jahre der asymmetrischen Demobilisierung unter Angela Merkel. Jahre, die im Alltag für viele Menschen von kommunaler Austerität geprägt waren, also durch die Erfahrung, dass die eigenen Interessen unter den Bedingungen ständigen Kürzungszwangs nur gegen die Interessen anderer durchzusetzen sind. Dass sie vielleicht von der Erwerbslosigkeit in einen prekären Job wechseln, aber aus der Mühle der Alltagssorgen nicht herauskommen. Auch die permanent steigenden Mieten wurden für viele immer weniger tragbar, Druck durch Verdrängung wurde allgegenwärtig – bis hin zum Verlust der Wohnung und zur Obdachlosigkeit. Dann kam eine ganze Reihe weiterer einschneidender Krisen: Auf die Bewegung der Geflüchteten bis Ende 2015 folgte die Corona-Krise, dann der Krieg in der Ukraine und mit ihm eine grassierende Energiepreiskrise und Inflation, besonders bei Preisen für Lebensmittel. Die Belastungen verstärkten Ängste vor einer Verfestigung der Armut und Überforderung (vgl. unsere Umfrage zu Armut und Umverteilung: Candeias 2023).

Es lässt sich ein Zusammenhang zwischen diesen krisenhaften Erfahrungen und der «Verweigerung der Teilnahme an demokratischen Ritualen» (Jörke 2017: 36) herstellen. Dirk Jörke erkennt im Nichtwählen «eine, wenn auch verzweifelte, Form der Rationalität» (ebd.). Schließlich setzt politische Teilhabe nicht nur politisches Interesse, «sondern auch das Gefühl voraus, durch dieses Handeln Einfluss ausüben zu können» (Brülle/Spannagel 2023: 3).

Je mehr sich Politik an kurzfristiger Wähler*innenmaximierung orientiert – also an jenen, die wählen –, desto wahrscheinlicher werden die Interessen von Menschen mit geringeren Einkommen, insbesondere von Nichtwähler*innen, nicht berücksichtigt. So droht das «demokratische Grundprinzip ausgehöhlt» zu werden, indem politische Entscheidungen getroffen werden, die «die soziale Ungleichheit verschärfen» (ebd.: 89).

Mehrere Studien belegen für die USA, dass Abgeordnete nur dann die politischen Präferenzen der Einkommensschwachen berücksichtigen, wenn diese mit den Interessen herrschender Gruppen zusammenfallen (vgl. Bartels 2008, Kap. 9; Gilens 2012: 81). Genauso ist es in Deutschland: Die Umsetzung der Forderungen von Menschen mit geringen Einkommen und niedrigem Status hängt entscheidend davon ab, «inwiefern die eigenen Einstellungen mit denen von bessergestellten Gruppen übereinstimmen. Wollen Arbeiterinnen etwas anderes als Unternehmer […] oder Arme etwas anderes als Reiche, folgt die Politik zumeist der zweitgenannten Gruppe» (Schäfer/Zürn 2021: 100; vgl. Elsässer u. a. 2018).

Dies ist ein wichtiger Effekt, der es radikal rechten Parteien leichter macht, weil sie so Handlungsfähigkeit suggerieren können (vgl. Candeias 2018a): Die radikale Rechte ermöglicht den Einzelnen einen nonkonfor-

mistischen Konformismus, in dem sich die widerständige Haltung des Protests zwar gegen die Instanzen der Herrschaft richtet, sie aber zugleich anruft – für die praktische Abwertung und Ausgrenzung der «anderen», der Migrant*innen, der «Arbeitsscheuen», der «versifften Grünen und Linken», der «Emanzen mit ihrem Gender-Gaga» etc. Dies kann als Stabilisierung restriktiver Handlungsfähigkeit unter verschärften Bedingungen der Unsicherheit in der Transformation erlebt werden. Denn die Forderungen der Rechten kollidieren nicht frontal mit den Interessen des Kapitals – anders als linke Forderungen nach Umverteilung, Mitbestimmung oder gar Vergesellschaftung. Die Rechten rühren nicht an die Grundlagen kapitalistischer Herrschaft, weshalb das Kapital eher zu Kompromissen geneigt ist. Eine Stimme für die radikale Rechte stärkt daher die Illusion der Handlungsfähigkeit, wenn rechte Positionen Eingang in den politischen Alltag finden. Dies geschieht aktuell mit dem Gesetz zur «Verbesserung von Rückführungen», während linke Positionen und Forderungen zurückgewiesen, linke Reformen nicht oder nur unzureichend (etwa beim Mindestlohn) durchgesetzt werden. So ist das Nichtwählen ein Ergebnis der klassenspezifischen Demobilisierung und reaktionären Remobilisierung (Candeias 2024c).

Ulrich Schneider, 25 Jahre lang Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, meint dazu: «‹Der Politikbetrieb, der läuft ja nun mal so, dass er in erster Linie politische Probleme löst – und nicht unbedingt gesellschaftliche. Ein gesellschaftliches Problem muss erst in ein politisches überführt werden, damit man dann auch Politiker ins Handeln bringt.› Und weil Armut vordergründig kein politisches Problem sei, werde es auch aktuell nicht politisch gelöst.» (Zit. n. Süddeutsche Zeitung, 14.7.2023)[10]

Die «mangelnde Responsivität der Parlamente» (Schäfer/Zürn 2021: 93) befördert ebenjene Bewegung der Demobilisierung der Armen und Ausgebeuteten wie der (klassenübergreifenden) Remobilisierung auf der Seite der radikalen Rechten. Nimmt man noch den Faktor Alter hinzu, zeigt sich, dass besonders jüngere Menschen aus den unteren Einkommensklassen weit weniger zur Wahl gehen. Der Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen unterer und oberer Klassenzugehörigkeit beträgt dann bis zu 30 Prozent. «Es sind nicht die ‹Jungen›, die nicht wählen, sondern insbesondere junge Menschen unterer Schichten», so Schäfer (2015: 103).

Ein Auszubildender aus der Göttinger Weststadt antwortete im Interview auf die Frage, weshalb er nicht wähle: «Ja, warum? Habe ich nicht so drüber nachgedacht. Interessiert mich irgendwie nicht, hat nichts mit mir zu tun … und die Politiker interessieren sich ja auch nicht für uns.» Ein weiterer Azubi mit Migrationshintergrund verdeutlicht, dass sich viele Junge aus dem Viertel nicht einmal mehr diese Frage stellten: «Keine Ahnung … da habe ich mir bisher keine Gedanken gemacht … Kenne mich da nicht aus. … Hab' auch niemanden, mit dem ich da so reden kann.» Zufrieden ist er damit aber nicht. Das Desinteresse ist vielmehr eine Reaktion auf das wahrgenommene Desinteresse des politischen Betriebs – einer Kränkung, nicht gemeint zu sein, wenn es um die Probleme im Lande geht, bzw. stets nur negativ vorzukommen.

Wo die Mieten niedriger und die Wohnungen kleiner sind, wohnen überproportional viele Menschen mit geringen Einkommen, Arbeitslose, Migrant*innen und Empfänger*innen von Bürgergeld oder Altersgrundsicherung. Trotz vielfach durchaus vorhandener Infrastrukturen ist häufig von überforderten Nachbarschaften auszugehen (Klatt/Walter 2011: 78; Häußermann u. a. 2004). Es sind diese benachteiligten Viertel, in denen sich die Wahlbeteiligung seit den späten 1980er-Jahren teilweise halbiert hat, während sie in sozial- und einkommensstärkeren Vierteln stabil ist oder sogar zugenommen hat. Dieser Zusammenhang ist besonders stark ausgeprägt.[11]

Exkurs: Nicht-/Wähler*innen mit Migrationshintergrund und der Umgang mit Migrationspolitik

Bei der Bundestagswahl 2021 hatten von den etwas mehr als 60 Millionen Wahlberechtigten etwa 13 Prozent – 7,9 Millionen Menschen – einen eigenen oder familiären Migrationshintergrund. Der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund hat sich hierzulande in den vergangenen Jahrzehnten stetig erhöht. «Grob lässt sich dabei mit einem Zuwachs von etwa 100.000 Einbürgerungen pro Jahr rechnen. Dieser Orientierungswert dürfte in den kommenden Jahren nochmals deutlich steigen.» (Namberger 2023b)[12]

Unter den Befragten unserer letzten quantitativen Untersuchung, die potenziell Die Linke wählen, sind Menschen mit Migrationshintergrund deutlich stärker repräsentiert: 28 Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund (mindestens Vater/Mutter oder Großvater/-mutter im Ausland geboren; vgl. Candeias 2024a: 39).[13] In Westdeutschland gaben 30 Prozent, im Osten 25 Prozent einen Migrationshintergrund an. Bei den Befragten unter 39 Jahren waren es bereits 36 Prozent, bei denjenigen unter 29 Jahren sogar 40 Prozent mit Migrationshintergrund. Befragte im linken Wähler*innenpotenzial, die beabsichtigen, Die Linke zu wählen, gaben zu 35 Prozent einen Migrationshintergrund an (29 % der Befragten mit Migrationshinter-

10 www.sueddeutsche.de/meinung/podcast-in-aller-ruhe-emcke-ulrich-schneider-armut-wohlfahrtsverband-1.6029187 **11** Armin Schäfer (2015) hat 100 Stadtteile in Hamburg untersucht: Der Unterschied zwischen der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung betrug bei der Bundestagswahl 2013 ca. 44 %, bei der Wahl zum Europäischen Parlament 45 %, beim Volksentscheid über die Schulreform 48 % und bei der Bürgerschaftswahl sogar 51 %. «Ausnahmslos sind es arme Stadtteile, in denen besonders viele Wahlberechtigte auf die Stimmabgabe bei Wahlen verzichten», ein Zusammenhang, «so stark, wie man ihn in sozialwissenschaftlicher Forschung nur selten findet» (ebd.: 156). **12** Die größte Gruppe dieser Wähler*innen bilden sogenannte Spät-/Aussiedler*innen (etwa 3,2 % aller Wahlberechtigten). An zweiter Stelle folgen Wahlberechtigte mit polnischem (1,5 %) und türkischem (1,2 %) Migrationshintergrund. Eingebürgerte aus Rumänien und den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien machen je 0,5 Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland aus (Namberger 2023b). Als Herkunftsland wurde von Befragten im linken Wähler*innenpotenzial am häufigsten Polen genannt (21 %), gefolgt von der Türkei (17 %), Russland (7 %), Kroatien, Spanien und Ungarn (jeweils 6 %; Candeias 2024a: 40). **13** Befragt wurden bei dieser Potenzialanalyse ausschließlich wahlberechtigte Bürger*innen. Dies gilt also auch für die Befragten mit Migrationshintergrund.

grund beabsichtigen, Bündnis 90/Die Grünen zu wählen; vgl. ebd.).

Menschen mit Migrationshintergrund stellen also ein wichtiges Wähler*innenpotenzial für Die Linke dar. Ihre Wahlbeteiligung ist in Deutschland aber meist 15 bis 20 Prozent niedriger als die von Wahlberechtigten ohne Migrationshintergrund (Namberger 2023b; vgl. auch Schäfer 2015: 156). Diese Wahlbeteiligungslücke tritt sowohl bundesweit als auch auf Länderebene auf. Dabei, so Fabian Namberger (2023a) in einer Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ist die Aufenthaltsdauer in Deutschland von großer Bedeutung. Der sogenannte *immigrant participation gap* schließt sich mit zunehmender Verweildauer im Ankunftsland. Zwischen Diskriminierungserfahrungen aufgrund der eigenen Herkunft und der Wahlbeteiligung besteht ein negativer Zusammenhang: Die Wahlbeteiligung von Menschen, die Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Herkunft gemacht haben, liegt um 20 Prozentpunkte niedriger als bei Menschen ohne solche Erfahrungen (aber mit Migrationshintergrund; 59 % gegenüber 79 %). Nicht zuletzt spielt das Herkunftsland eine Rolle. Es sind eher große Migrant*innengruppen, die von einer gezielten politischen Mobilisierung profitieren. Kleine migrantische Gruppen werden seltener von Parteien oder anderen öffentlichen Instanzen direkt angesprochen (Namberger 2023b).

Die Wahlentscheidung wird insbesondere von Positionen zu bestimmten Themenfeldern beeinflusst: Das Themenfeld der Migrationspolitik sticht heraus, denn: Je mehr sich Geschlecht, niedrige Einkommen und Migrationshintergrund überlagern, desto häufiger wurden Diskriminierungserfahrungen gemacht (Candeias 2024a: 39). «Insbesondere von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund, deren (familiäre) Migrationsgeschichten mit Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen verknüpft sind, wird das Themenfeld der Einwanderungspolitik sowie der (Anti-)Diskriminierung sehr genau ins Auge gefasst. Dementsprechend wählen Migrant*innen überdurchschnittlich oft Parteien der politischen Linken (also SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke), was mit den verhältnismäßig migrationsfreundlichen, wenn auch jeweils sehr unterschiedlichen, politischen Positionierungen dieser Parteien bezüglich konkreter Einwanderungspolitik erklärt werden kann.» Diese Positionierungen stehen «in enger Wechselwirkung zur Frage der personellen Repräsentation durch Kandidat*innen mit Migrationshintergrund» (Namberger 2023b).

Lang anhaltende Muster ‹migrantischer› Parteienbindung lösen sich zunehmend auf. «Weder die SPD noch die CDU/CSU können sich ihrem traditionell starken Rückhalt bei Deutschtürk*innen einerseits und Spät-/Aussiedler*innen andererseits weiterhin sicher sein.» (Ebd.) So zeigte sich bei der Bundestagswahl 2017 bei Spät-/Aussiedler*innen ein Zustimmungswert von nur noch 27 Prozent für die CDU/CSU; schon an zweiter Stelle folgte Die Linke (21 %), an dritter die AfD (15 %). Bei Deutschen mit türkischem Hintergrund wiederum lag die Zustimmung zur SPD ‹nur› bei 35 Prozent – ein Wert, der jedoch weiterhin deutlich über dem offiziellen Wahlergebnis der SPD (20,5 %) lag. Von bröckelnder Parteienbindung profitieren die kleineren Parteien und, nicht zuletzt, Die Linke (ebd.).

Dabei braucht es eine verlässliche und glaubwürdige politische Haltung und stärkere Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund im politischen Alltag der Partei. Nicht zu vergessen ist dabei: «Eine Linke, die Politik für die ‹untere Hälfte der Einkommenspyramide› machen will, muss realisieren», dass die Arbeiter*innenklasse in Deutschland international ist und «diese untere Hälfte zu einem erheblichen Teil aus Nichtdeutschen besteht, die mangels Wahlrecht keine Stimmen einbringen können» (Kahrs 2023).

Aber auch hier gilt: «Unterschiede in der Wahlbeteiligung lassen sich nicht auf Unterschiede in der ethnischen Zusammensetzung reduzieren», sondern verlaufen insbesondere «entlang sozialer Unterschiede» (Schäfer 2015: 157). Vielmehr teilen migrantische und nicht-migrantische Wähler*innen im linken Potenzial zahlreiche Positionen zu den Themen Arbeit und Soziales, zu sozial-ökologischen oder Diskriminierungsfragen (vgl. Candeias 2024a). Je mehr sich Migrationshintergrund und Klassenlage überschneiden, desto stärker ist die Neigung zu linken Positionen, desto stärker ist aber auch die Tendenz zur Nichtwahl.

Das migrantische Wähler*innenpotenzial der Linken überschneidet sich also stark mit dem Potenzial von Menschen mit geringen Einkommen und von Nichtwähler*innen. Potenzielle Wähler*innen der Linken sind in der Frage der Migrationspolitik jedoch gespalten: Rund die Hälfte ist dafür, Einwanderung stärker zu begrenzen (Die Linke 2024). Ohne klare Position zu Einwanderungspolitik und Antidiskriminierung wiederum sind Verluste bei migrantischen Wähler*innen und der großen Gruppe der Wähler*innen unter 39 Jahren, denen diese Themen sehr wichtig sind, vorprogrammiert. Carsten Braband (2024) sieht hier einen *trade-off* (Zielkonflikt): Verluste bei den einen oder den anderen, im schlimmsten Fall bei beiden Gruppen.[14]

Bei den im Herbst 2024 befragten Nichtwähler*innen ist die Zustimmung zur Begrenzung von Einwanderung deutlich unterdurchschnittlich (35 %), bei Menschen mit niedrigen Einkommen ebenso (40 %; Die Linke 2024). Andere Fragen sind ihnen wesentlich wichtiger – so finden sich im Feld der Arbeit und im sozialen Bereich viele Gemeinsamkeiten zwischen den unterschiedlichen Wähler*innengruppen, die als Brücken zwischen den potenziellen Wähler*innen der Partei Die Linke dienen können. Einig sind sich die Befragten im linken Wähler*innenpotenzial auch bei der Forderung, dafür zu sorgen, dass nicht so viele Menschen an den europäischen Grenzen sterben (95 % Zu-

14 Dies trifft vor allem auf «Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit oder umfassendem Abschiebestopp» zu (Braband 2024: 14). Anders sieht es bei der Zustimmung zur Aufnahme «dezidierter Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgter» aus (ebd.: 15). Generell befürwortet werde, Geflüchteten die Aufnahme einer Arbeit zu erleichtern (ebd.).

stimmung, Nichtwähler*innen 96 %, Menschen mit niedrigen Nettohaushaltseinkommen sogar 98 %; vgl. Die Linke 2024). Es kommt also ganz entscheidend auf das Framing an (Braband 2024: 22) bzw. auf verbindende Forderungen.

Die Frage ist demnach nicht, ob Migration und Rassismus zum Thema gemacht werden, «sondern wie wir es tun» (Borchardt/Nguyen 2024; ausführlich Steckner 2017; Candeias 2018a). Ist dies verbunden mit der Geschichte eines Deutschvietnamesen aus der Arbeiter*innenklasse, wie bei Nam Duy Nguyen, dann ist es eben zuallererst die Geschichte «von Menschen, die hart arbeiten, aber kaum etwas vom Wohlstand abbekommen». Das kann, muss aber «nicht mit einer Migrationsgeschichte einhergehen», ist vielmehr allgemein, weil «sie Teil der arbeitenden Bevölkerung» (Borchardt/Nguyen 2024) sind und sich in diesem Kandidaten wiederfinden können.

Der größte Unterschied zwischen Menschen mit geringen und besseren Einkommen zeigt sich bei der Wahlabsicht jedoch «bei der Antwortkategorie ‹weiß nicht›» (Schäfer 2015: 119), was noch einmal auf das geringe bzw. enttäuschte politische Interesse und das Gefühl der Vergeblichkeit verweist und sich in den letzten zehn Jahren noch verstärkt hat (Schäfer/Zürn 2021).

Dabei zeigen Studien: Nichtwähler*innen weisen mit Blick auf den Sozialstaat und Umverteilung «in der Tendenz stärkere Ausgabenpräferenz auf» und empfinden die Gesellschaft «in stärkerem Maß als ungerecht» (ebd.: 118) – sie neigen also eher zu linken Positionen. Insbesondere in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung findet sich also «ein nicht ausgeschöpftes Wählerpotenzial» für linke Parteien (Schäfer 2015: 163).

Ergebnis dieser klassenspezifischen Nichtwahl: «Der Grad der Unterstützung für den Sozialstaat wird in Umfragen wie auch bei Wahlen tendenziell unterschätzt, wenn die Gruppe mit den stärksten Präferenzen für höhere Ausgaben seltener wählt, seltener an Umfragen teilnimmt und häufiger die Antwort verweigert.» (Ebd.: 120)

Damit erklärt sich auch der teilweise Verlust von Stimmen für linke Parteien bei den unteren Teilen der Arbeiter*innenklasse: Der Effekt der Klassenlage in Richtung der Wahl bestimmter (Arbeiter- oder Links-) Parteien verlagert sich «von der Parteienwahl auf die Wahlteilnahme» (ebd.: 123): «Wie man wählt, hängt weniger eng mit der Klassenlage als in der Vergangenheit zusammen, aber ob man wählt dafür umso stärker.» (Ebd.)[15] Ein Trend, der sich noch verschärft hat (Candeias 2022b u. 2024a). Demgegenüber hat sich die Klassenwahl bei Parteien wie der FDP, Bündnis 90/Die Grünen und (wenn auch etwas weniger) bei der CDU sogar noch verstärkt (Schäfer 2015: 133 ff.): Deren Wähler*innen erzielen die höchsten Einkommen, sind Selbstständige, Unternehmer*innen oder Beamt*innen im öffentlichen Dienst.

Noch immer gilt jedoch: Je niedriger die Wahlbeteiligung in den einzelnen Stadtteilen ist, «desto besser schneiden SPD und Linkspartei ab» (ebd.: 158). Es sind die linken Hochburgen, die ärmeren und Arbeiterviertel, in denen die Wahlbeteiligung «systematisch stärker zurückgegangen ist» (ebd.: 160).

Dabei spielen Differenzierungen in der Arbeiter*innenklasse natürlich auch eine Rolle. Jenseits von Faktoren wie Religion (christliche Arbeiter*innen wählten immer schon stark christdemokratische Parteien) oder kulturelle Identitätsmuster ist wieder vor allem das Einkommen ausschlaggebend. Facharbeiter*innen in der Industrie verdienen überdurchschnittlich mehr als Wachleute oder Krankenpfleger*innen. Darüber hinaus werden sie durch Boni stärker an den Erfolg des Unternehmens gebunden. Ihre Subjektivität verändert sich, sofern sie in den Status (kleiner) Eigentümer*innen wechseln, die für ein großes Auto und ein Haus oft erhebliche Kreditverpflichtungen eingegangen sind, deren (Alters-)Absicherung oft auch über Aktien und/oder Immobilien sichergestellt wird. Dies führt zu einer Art «Verbürgerlichung der Arbeiter» (ebd.: 125) und mithin ihres Wahlverhaltens.

Dazu kommt die Bedrohung ihres Status durch Abwertung bestimmter Berufe und Qualifikationen im Zuge weltwirtschaftlicher Verschiebungen und (nicht nur technischer) Produktivkraftentwicklungen. Sie müssen vermehrte Anstrengungen unternehmen, um ihren Lebensstandard zu halten (oder noch zu verbessern), während andere (etwa Migrant*innen oder Bürgergeldbezieher*innen) leistungslose Hilfen erhalten und damit vermeintlich gut und ohne Anstrengung und Fleiß zurechtkommen. Etliche hegen Abstiegsängste, obwohl gerade Facharbeiter*innen und Höherqualifizierte eher nicht vom Abstieg betroffen sind. Hinzu tritt eine Kränkung durch diskursive Abwertung bestimmter Arbeitsidentitäten und damit verbundener (an Konsum und Fossilismus gebundener) Lebensweisen. Dieser Zusammenhang erklärt, weshalb auch Gewerkschafter*innen sich in den letzten Jahren vermehrt von der SPD und (nach anfänglichem Zulauf) dann auch von der Partei Die Linke entfernt haben und vermehrt konservativ (CDU/CSU) und auch radikal rechts (AfD) wählen (Candeias 2024a). Ihre Interessen verfolgen sie eben auch bei Wahlen – «der Anteil derjenigen ohne Wahlabsicht bei den einkommensstarken Arbeitern [liegt] deutlich unter dem der einkommensschwachen» (ebd.: 137). Die Unterschiede dabei nennt Armin Schäfer statistisch «bemerkenswert» hoch (ebd.).

Nichtsdestoweniger macht es für linke Parteien Sinn, sich im Wahlkampf auch unter Ressourcengesichtspunkten auf benachteiligte Viertel zu konzentrieren (vgl. ebd.: 165). Denn Erfahrungen mit Hausbesuchen zeigen: Die Leute sind schon an Politik interessiert, sie kritisieren die Verhältnisse vehement, aber sie erwarten von Parteien – und von Wahlen – eben relativ wenig. Auch von der Linken, sofern ihre Positionen überhaupt bekannt sind, nehmen sie nicht oder nicht mehr

15 Bei Landtagswahlen gibt sogar die Mehrheit der Befragten mit niedrigen Einkommen an, nicht wählen zu wollen (Schäfer 2015: 144).

an, dass sie einen Unterschied machen könnte. Weniger weil sie in Regierungsbeteiligungen enttäuscht hat, sondern vielmehr, weil sie machtlos erscheint – und zuletzt völlig zerstritten war und inzwischen medial bundesweit immer weniger eine Rolle spielt. «Das Vertrauen, dass eine starke Linke die Verhältnisse grundlegend ändern könnte, ist verloren.» (Borchardt/Nguyen 2024)

Eine Handwerkerin Anfang 50 aus Leipzig-Lößnig weiß nicht, welche Partei sie wählen soll, trotz Nähe zur Linken: «Keine mehr. Die Linke müsste erst mal wieder glaubwürdig werden.» Die Bundespolitik sei «entkoppelt, wie ein Raumschiff … hat nichts mit den normalen Menschen zu tun … auch bei der Linken». Ratlosigkeit greift bei einem Teil der potenziellen Wähler*innen um sich.

Exkurs: Ist das linke Potenzial gespalten?

«Das Elektorat der Partei Die Linke ist politisch-ideologisch und sozialstrukturell gespalten», konstatieren Theo Glauch und Christoph Köhler (2024) mit Bezug auf Mau u. a. (2023) sowie Eversberg u. a. (2024). Dies ist zweifellos der Fall, etwa im Feld der Friedens- und Sicherheitspolitik, die Glauch und Köhler gar nicht erwähnen. Hier teilt sich das Potenzial der Partei zum Beispiel in der Frage der Waffenlieferungen für die Ukraine in zwei nahezu gleichgroße Hälften. Bei der Kritik an der Aufrüstung bzw. beim Eintreten für Abrüstung und mehr Diplomatie im Ukraine-Konflikt gibt es jedoch wieder große Einigkeit. Daraus ergeben sich bereits Hinweise, wie die verbindenden Themen fokussiert werden könnten.

Glauch und Köhler sehen «bei gesellschafts- und umweltpolitischen Themen […] teilweise tiefe Gräben zwischen progressiven und konservativen Einstellungsmustern. […] Die Mehrheit der neo-proletarischen Gruppen im Elektorat will aufgrund ihrer sozialen Lage in erster Linie die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern und zielt auf soziale Gerechtigkeit. Sozial-ökologische Transformationsprozesse werden hier mit Blick auf die eigene Lebenssituation eher kritisch beäugt. Zwischen den beiden Strömungen gibt es keinen antagonistischen Gegensatz, wohl aber politisch-ideologische Spannungen und Interessenskonflikte.» (Glauch/Köhler 2024) Spannungen sind schon einmal besser als sich ausschließende Gegensätze, wie sie noch mit der Gruppe um Wagenknecht deutlich wurden.

Dass es zu einer auseinanderstrebenden Wähler*innenbasis der Partei Die Linke kam, habe ich bereits im Jahr 2022 konstatiert (Candeias 2022b). Nun, wo die Partei die vermeintlich «linkskonservativen» Teile weitgehend verloren hat, was sich im Osten schmerzlich auswirkt, strebt sie wahrscheinlich weniger auseinander als zuvor. Ich möchte aber auch eine methodische Kritik an Studien in diesem Feld formulieren, denn es ist ganz entscheidend, wonach eigentlich gefragt wird. Ich bemühe noch einmal das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik. In meiner Studie, die nach den Bundestagswahlen im Jahr 2021 durchgeführt wurde (Candeias 2022a), stellte sich heraus, dass der wichtigste Grund für Menschen im Potenzial Der Linken, die Partei nicht zu wählen, ihre Außen- und Sicherheitspolitik war. Aber warum genau? Tatsächlich führte die Vielstimmigkeit der Partei dazu. Manche wählten sie wegen ihrer friedenspolitischen Positionen zum Ukraine-Krieg nicht mehr, andere, weil sie ihre friedenspolitischen Positionen in diesem Fall aufgegeben habe; wieder andere wählten sie, weil sie eben die einzige konsequente Friedenspartei sei. Ähnlich war es in der Klimapolitik: Den einen gingen die Positionen Der Linken zu weit, die anderen fanden die Positionen gut, aber nicht glaubwürdig vertreten, wieder andere konnten angesichts der Vielstimmigkeit nicht mehr sagen, wofür die Partei stehe. Ähnlich ist es bei der Migrationsfrage. Zudem muss die Abfrage von Einstellungen mit einer Gewichtung und Priorisierung durch die Befragten einhergehen, was in Studien allzu häufig fehlt.

Die Lehre: Je nachdem, wie wichtig Wähler*innen bestimmte Themenfelder sind oder eben nicht, verzeihen sie auch mal Positionen, wo sie nicht ganz konform mit ihnen sind, weil ihnen anderes wichtiger erscheint – «eine Kakophonie dissonanter Positionen» führt aber immer zu massiven Stimmenverlusten (Candeias 2022b). Eine Kohärenz der Kommunikation ist wesentlich, damit sich «Gräben» in Potenzial und Elektorat weniger stark auswirken.

Ausgangsthese meiner Studie, die ich zu Beginn des Jahres 2024 durchführte, war, dass sich im Feld der Arbeit verbindende Motive finden lassen. Auch Glauch und Köhler teilen diese Auffassung: «Einstellungen zur Arbeitswelt können Brücken über die ideologischen Gräben im Elektorat der Partei bilden, an denen die politische Arbeit anknüpfen kann.» (Glauch/Köhler 2024) Alle quantitativen Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Wähler*innenpotenzial der Partei Die Linke machten sich auf die Suche nach verbindenden politischen Forderungen. Dies gilt, wenig überraschend, generell für linke Positionen zur sozialen Frage. Dies ist aber auch bei sozial-ökologischen Positionen möglich und für Die Linke zentral, weil die ökologische Frage eine zutiefst soziale bzw. eine Klassenfrage ist.

Auch hier wieder eine kleine Methodenkritik: Studien, die mit «Containern» wie Klimapolitik, Migrationspolitik, Wirtschafts- oder Sozialpolitik hantieren (oder Außen- und Sicherheitspolitik, siehe oben) und dann – wenig überraschend – feststellen, dass sich Menschen mit geringen Einkommen zwar durchaus für Klima (oder auch Migration) interessieren, aber deutlich weniger als andere, oder vermeintlich weniger progressive Positionen vertreten, weil sie keine «schnellere» Klimapolitik wollen. Nun sagt so ein «Container» aber wenig darüber aus, was die Leute wirklich denken. Die Frage ist, welche Klimapolitik sie wollen. Die Studie von Mau u. a. fragt etwa explizit nach den Befürchtungen dieser Gruppen und folgert: «Vor allem in den unteren Statusgruppen» gibt es die Sorge, «angesichts der ökologischen Transformation ökonomisch und sozial» Einbußen hinnehmen zu müssen (Mau u. a. 2023: 216). Das trifft zu und wird durch Erfahrung (von der ökolo-

gischen Gebäudesanierung und steigenden Mieten bis zu Arbeitsplatzverlusten etwa bei Autozulieferern) gestützt. Trotz Klassenunterschieden im Klimabewusstsein, so die Autoren weiter, blickt letztlich «in allen Klassen eine klare Mehrheit sorgenvoll auf den Klimawandel. […] die statusgruppenbezogenen Disparitäten» haben sich jedoch seit den 1980er-Jahren stetig verringert (ebd.). Das ist eine gute Nachricht.

Die Studien fragen jedoch nicht, wie denn diese gemeinsame Sorge verbindend adressiert werden kann. Unsere Studie von 2022(a) hat diesen Versuch unternommen und überraschend gezeigt, dass insbesondere Menschen mit niedrigeren Einkommen (die wiederum eine große Schnittmenge mit Nichtwähler*innen im linken Potenzial haben) die höchste Zustimmung für explizit sozial-ökologische Forderungen Der Linken äußerten (siehe Abb. 5). Und gerade den vielen Tausend jungen Neumitgliedern sind Klimapolitik, aber auch eine linke Migrationspolitik und Antidiskriminierung sowie feministische Positionen besonders wichtig. Wenn bei der Linken kein Schwerpunkt auf sozial-ökologische Forderungen gesetzt wird, wählen viele aus der starken Gruppe der Wähler*innen bis 29 Jahre lieber die Grünen, obwohl sie explizit eine klassenorientiertere Politik (vgl. die Abspaltung der Führungsgruppen der Grünen Jugend) befürworten. Würde sich Die Linke entscheiden, lediglich soziale Themen auf ihre Agenda zu setzen, drohte eine Demobilisierung und ein Verlust dieser großen Gruppe (ohne dass ehemalige BSW-Wähler*innen zurückgewonnen werden könnten). Und Die Linke würde sich die Chance auf eine organische Verbindung von Arbeiter*innen mit niedrigen Einkommen und jüngeren sozial-ökologisch orientierten Aktivist*innen vergeben.

Die empirische Forschung neigt dazu, diskursiv durchaus etablierte Gegensätze nur zu spiegeln, wenn sie nicht zugleich Veränderungspotenziale untersucht. Beim Sprechen über Gräben im Wähler*innenpotenzial oder im Elektorat sind solche verbindenden Kräfte mit abzufragen. Eine immer wieder geforderte Konzentration Der Linken auf die im engen Sinne soziale Frage (als Sozialpolitik) verfehlt wesentliche Zukunftsprobleme von Menschen mit mittleren und geringen Einkommen. Die Stichworte sind: Energiepreise, Wärmewende, Mobilitätwende, der Umbau der Industrie und die Krise der Beschäftigung. Ob diese Fragen vorhandene Sorgen und Gegensätze vertiefen oder überbrücken, hängt von der politischen Praxis ab. Werden diese Problematiken sozial-ökologisch adressiert und entsprechend ausbuchstabiert, mit Politiken, die ökologisch fortschrittlich sind und zugleich soziale Verbesserungen für jene «unten» und «in der Mitte» bringen, besteht zumindest die Chance, Gräben zu überwinden. Für verbindende Politiken spielt die Klassenorientierung eine entscheidende Rolle.

Derzeit wird hier und da diskutiert, ob sich Die Linke als radikalökologische Bürgerrechtspartei oder als eine auf die soziale Frage konzentrierte Klassenpartei aufstellen soll – das würde jedoch den Zusammenhang zerreißen und die beiden Potenziale der Partei spalten, sodass jedes Modell für sich wahrscheinlich deutlich zu wenig Unterstützung bei Wähler*innen hätte.

Die Gefahr des Niedergangs für Die Linke ist groß, aber ihr Wähler*innenpotenzial ist eben nach wie vor vorhanden. Nach der Abtrennung des BSW besteht eine gute Chance, mit einer klareren Kommunikation, die sich nicht dauernd selbst widerspricht und sich im Bewusstsein der Wähler*innen eingegraben hat, wieder Terrain gutzumachen. Hier hat sich bereits einiges deutlich verbessert, aber es braucht sicher etwas mehr Zeit. Fraglich, ob Der Linken die Zeit gegeben wird, denn die Umfragewerte verfestigen den Eindruck einer Partei im Abwärtstrend, der medial schwer zu drehen ist.

Was braucht also eine gute Nichtwähler*innenstrategie? Das ist nicht nur eine Frage der richtigen politischen Positionen – wobei die soziale und die sozial-ökologische Frage hier zentral sind –, sondern es kommt auch darauf an, wie die Partei an die Leute herankommt.

In den letzten Monaten seit der Trennung von der Wagenknecht-Fraktion konnten viele neue und vor allem aktive Mitglieder gewonnen werden. Das ist schon auch eine wichtige und notwendige Voraussetzung, um Wähler*innen zu erreichen, ist jedoch noch nicht hinreichend.

4 KLASSENPOLITISCHE MOBILISIERUNG VON NICHTWÄHLER*INNEN

Wie Menschen sich verhalten, wird von ihrem Umfeld mitgeprägt, und so beeinflusst auch das Umfeld der Nichtwähler*innen ihr Verhalten am Wahltag. Dabei wird das Verhaltensdispositiv, nicht zu wählen, durch die wechselseitige Bestärkung der Auffassung, dass Wählen nichts ändere, bestätigt.[16] «Wenn Politik überhaupt Thema ist, dann eigentlich negativ. Wählen geht da keiner», sagt ein Mann aus Berlin-Wedding über sich und sein Umfeld.

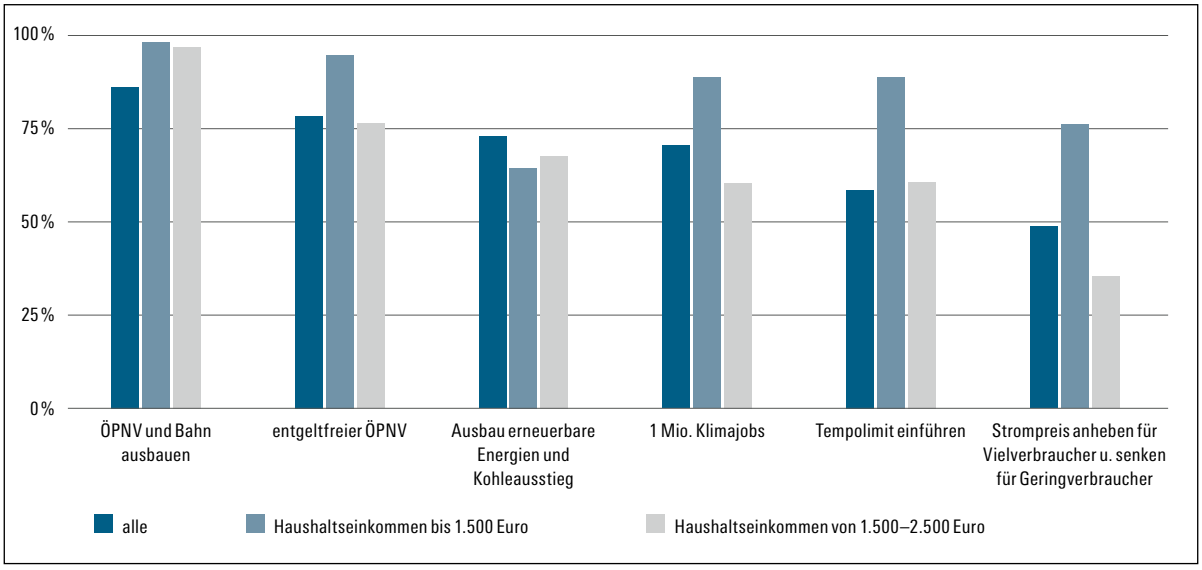
Aber umgekehrt gilt auch: Wenn Nichtwähler*innen direkt angesprochen werden, etwa von Aktivist*innen von Parteien oder zivilgesellschaftlichen Initiativen wie «Deutsche Wohnen & Co. enteignen», dann steigt ihre Bereitschaft, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. Menschen mit geringer Wahlneigung sind zwar nur schwer davon zu überzeugen, wählen zu gehen. Zugleich erzählen viele aber von der Erfahrung, dass sie niemand je gefragt habe, sich niemand für sie interessiere (Brady/Verba/Schlozmann 1995: 271). Tatsächlich werden Nichtwähler*innen besonders selten angesprochen (vgl. Johnston u. a. 2012: 322, 326). Unsere aktuelle qualitative Untersuchung bestätigt das: Fast alle befragten Personen äußern, dass sie nicht «von außen» angesprochen würden und es an Informationen und Kontakt mangele. «Die erstaunlichsten Gespräche führten wir mit den ‹Politikverdrossenen›», so Marlen Borchardt und Nam Duy Nguyen (2024): «Normalerweise interessiert es niemanden, ob sie die Miete oder den Wocheneinkauf bezahlen können. Und dennoch, oder gerade deshalb, erzählten uns viele ihre Lebensgeschichten. Trugen uns ihre Sorgen, aber auch ihre Wut vor.»

Die Linke hat damit durchaus Erfahrung: Seit Jahren versucht sie, Organizing-Methoden, Modellprojekte in benachteiligten Vierteln und Haustürbesuche systematisch in die Parteiarbeit zu integrieren (vgl. Kipping/Riexinger 2013). Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützte mit zahlreichen Publikationen, Handreichungen und Schulungen, auch über die Partei hinaus, denn auch für zahlreiche soziale Bewegungen waren und sind diese Ansätze von großem Interesse. Den größten Erfolg in der Umsetzung eines solchen Herangehens erzielte sicherlich die Kampagne «Deutsche Wohnen & Co. enteignen», mit der es diverse organisatorische Überschneidungen gab und gibt.

Erfolge können schon ganz klein anfangen: Eine Aktivistin der Linken, Susanne Steinborn, machte schon bei ihrem ersten Haustürbesuch in der Berliner Gropiusstadt entsprechende Erfahrungen: «An der ersten Tür öffnete mir gleich eine Frau, dem Aussehen nach Arbeiterin, die meinte: ‹Was wir denken, interessiert eh keinen.› Ich habe dann gesagt: ‹Doch, mich interessiert das schon, und ich finde es wichtig, dass nicht nur die Reichen wählen gehen.› Sie hat dann ganz interessiert zugehört, und nach einer Weile kamen sogar noch ihre zwei erwachsenen Söhne dazu, und sie wirkten wirklich erstaunt, dass jemand zu ihnen sagt: ‹Es ist wichtig, was ihr denkt, und wir wollen, dass für eure Interessen Politik gemacht wird!›» (Steinborn 2019)

16 Die räumliche Segregation des Wohnens, «die auch Ausdruck sozialer Ungleichheit ist, vergrößert die bereits vorhandenen Unterschiede in der Partizipationsbereitschaft» (Schäfer 2015: 212). «Unter sonst gleichen Umständen steigt der Nichtwähleranteil von 10 auf 17 Prozent, wenn der erste Gesprächspartner nicht wählt, und auf 27 Prozent, wenn dies auch für den zweiten Gesprächspartner gilt.» (Ebd.: 111)

Abbildung 5: Verteilung der Zustimmungswerte zu sozial-ökologischen Maßnahmen nach Haushaltseinkommen im Jahr 2021 in Prozent



Quelle: eigene Darstellung

Hinter diesem Vorgehen steht die Erkenntnis, dass sich die soziale und politische Ausgrenzung von Menschen mit geringen Einkommen und/oder Transferleistungsbezug in den letzten Jahren verfestigt hat. Viele von ihnen haben sich enttäuscht von «der Politik» abgewendet. «Der Erfahrung von Machtlosigkeit, in der viele Menschen sich nur noch als Spielball ‹fremder Mächte› erleben, wollen wir die Erfahrung entgegensetzen, dass sich nicht durch Ausgrenzung der Schwächsten, sondern nur durch Solidarität und gemeinsamen Kampf die eigene Lage verbessert», so die damaligen Vorsitzenden der Linken, Kipping und Riexinger (2013). Die Strategie zielt darauf ab, «nicht nur zu und mit den Menschen zu sprechen und ihren Erfahrungen eine Stimme zu geben, sondern auch die Erfahrung zu ermöglichen, dass die Verhältnisse zum Besseren verändert werden können. Wenn wir es selber tun.» (Kaindl/Nagel 2019)

Doch eine umfassende Ausrichtung der Parteiarbeit auf ein solches Herangehen ist lange Zeit nicht gelungen: zu viele Vorbehalte, die klassische Parteiarbeit zu verändern, ein zu starkes Misstrauen zwischen den unterschiedlichen Machtzentren, zu viel Selbstbeschäftigung mit den schweren innerparteilichen Konflikten. Seither hat sich die Situation weiter verschlechtert, sowohl mit Blick auf die Lebenslagen als auch auf das Wahlverhalten: In bestimmten Bevölkerungsgruppen wurde das Nichtwählen zum dominierenden Verhalten; die AfD hat (noch einmal) zugelegt.

BEFUNDE ZUR MOTIVATION DES DOCH-(NICHT-)WÄHLENS

4.1 Mehr Informationen, mehr direkte Ansprache

Ein Befragter bringt es auf den Punkt: «Ich wähle nicht, weil keine Infos. Will nichts Falsches wählen.» Ein anderer meint etwas genervt: «Alle raten mir was anderes, dann wähle ich eher gar nicht … hab kein Vertrauen, wo ich mich informieren kann.» Eine zahntechnische Assistentin aus Berlin-Wedding meint, sie benötige «… mehr Austausch. [Ich] habe keine Gelegenheit, darüber zu reden, meine Freunde finden das langweilig. Ich meine schon, dass es vielleicht wichtig ist, aber ich kenne mich nicht aus. … mehr Informationen wären schon gut, ja.»

Ein kaufmännischer Auszubildender aus der Göttinger Weststadt sagt: «[Ich] würde mich schon mitziehen lassen, wenn andere gehen … Doch, Interesse hätte ich schon. Muss sich ja was ändern, [ich] glaube nur nicht so dran. … Die Linke? [Ich] weiß nicht viel über die oder andere Parteien. Scheinen ja die richtigen Forderungen zu haben, so sozialer und gegen die Reichen, ist schon gut. Also wenn man da mal reden könnte, so wie wir jetzt. Fragt ja sonst keiner, ne?» Ein anderer Auszubildender aus der Weststadt sieht ebenfalls das Problem mangelnder Information: «[Ich] muss mich mal informieren. Man kann das ja nicht den Rechten überlassen. Die gewinnen ja immer mehr. Und alle gehen mit. … bei meinem Bruder in der Schule haben die Wal-O-Mat gemacht, ist aber schwer, die Fragen. … so direkt reden? So wie wir jetzt? Weiß nicht, ja klar, warum nicht? Wenn die sich hertrauen (lacht). … Aber im Ernst: Das Gespräch hat mir schon zu denken gegeben, wegen der Rechten … ja, stimmt, so ein Kreuz tut nicht weh, kann man auch online? Nee? Okay, muss man hingehen … okay, ich informiere mich mal.»

Eine Handwerkerin aus Leipzig-Lößnig kennt die Linke: «Ja, Die Linke kam mal vorbei. Da sind dann auch Leute von hier, von vor Ort. Die machen auch mal was im Stadtteil … Wie gesagt, vor Ort gibt es schon ganz gute Leute. Auch sonst so, der Gysi, der Ramelow, die Wagenknecht, aber die kann ich hier ja nicht wählen … Van Aken? Den kenne ich. Naja, mal sehen, wie die Linke sich entwickelt. Vielleicht gebe ich ihr noch eine Chance, vielleicht auch nicht.»

Jenseits der im engeren Sinne politisch Interessierten und Engagierten wissen viele Befragte nur wenig über die Unterschiede zwischen den Parteien oder darüber, wofür Die Linke steht. Das Problem ist also weniger die programmatische Ebene – ob die Partei die richtigen Analysen und Forderungen hat –, denn viele der sozialen und sozial-ökologischen Forderungen treffen den Nerv der Leute (siehe Abb. 2–5). Das Problem: Sie wissen davon oft nichts. Die üblichen medialen Kanäle, in denen Die Linke auch immer seltener vorkommt, erreichen insbesondere Nichtwähler*innen nicht. Zudem erwarten sie von dieser Form der politischen Kommunikation und den realen Ergebnissen der Politik nichts oder nicht mehr viel. Umso wichtiger ist es, Informationen niedrigschwellig aufzubereiten und den Betreffenden direkt verfügbar zu machen, sie aufzusuchen – dort, wo sie wohnen, arbeiten, ihre Freizeit verbringen. Und auch dann sind diese Informationen oder Positionen (z. B. in Form von Flyern) noch lange nicht selbsterklärend. Oft bringen die Menschen sie nicht mit sich in Verbindung oder «sie erleben sie nicht als Hilfe für ihre Lebenssituation» (Steinborn 2019). Und mit einem Flugblatt im Briefkasten ist noch nicht zu erfahren, «was Nachbar*innen bewegt, was ihre Anliegen sind, worüber sie sich aufregen, was sie wütend macht … Und nur so entsteht Vertrauen.» (AG Starthilfe 2019: 13)

4.2 «Was zusammen machen, damit es hier schöner wird» – mehr Mitmachangebote vor Ort

Manche der Befragten fühlen sich isoliert und beklagen den schwindenden Zusammenhalt im Viertel. Früher kannten sich die Nachbar*innen, schwatzten miteinander. Es war leichter, unkompliziert Hilfe zu bekommen oder auch auszuhelfen, wenn es nötig war. Die hohe Fluktuation und der soziale Abstieg verändern die mikrosozialen Beziehungen im Wohnviertel. Vor allem bei Älteren führt dies oft zu Vereinsamung. Zudem fehlt es Menschen, die mit den vielfältigen Problemen prekärer Lebenslagen im Alltag zurechtkommen müssen, an Kraft und Ressourcen, um von sich aus auf andere zuzugehen.

Andere beklagen Hürden aufgrund der Heterogenität der Bewohner*innen des Viertels. Menschen mit

unterschiedlichen migrantischen Hintergründen blieben ebenso wie Einheimische unter sich – wobei die türkischen, arabischen, russischen oder polnischen Communities durchaus verzweigte nachbarschaftliche Kontakte pflegen, jeweils unter sich (Klatt/Walter 2011: 167 f.). Eine Befragte aus der Berliner Gropiusstadt findet das schade: Es sei «doch egal, ob … einer Ausländer ist oder irgendwie woanders Wurzeln hat, wichtig ist doch, wie der drauf ist, ob er nett ist, mit anpackt». Eine ältere Frau aus Köln-Chorweiler meint, «die [Migrant*innen] helfen sich untereinander … ohne die und die Kinder wäre das hier alles trostlos». Eine junge Mutter aus Bremen Tenever mit türkischem Migrationshintergrund erklärt: «Ich geh' auch mal zu der Rentnerin gegenüber und bringe ihr Gebäck, die hat doch sonst niemanden … Wir brauchen hier mehr Begegnung, Kitaplätze, Orte für junge Leute, … ist doch schön, wenn dabei alle zusammenkommen und sich kennenlernen.» In den Aussagen dominiert weniger die Ablehnung «des anderen» als die Unzulänglichkeit, selbst die Initiative zu ergreifen, über den eigenen Schatten zu springen und die Angst vor Ablehnung – trotz vorhandenen Interesses – zu überwinden.

Mehr Orte für «Begegnungen» wünschen sich viele der Befragten. Das wären nicht automatisch Orte für politische Gespräche, aber sie könnten eine wichtige Voraussetzung dafür sein. Eine zahntechnische Assistentin mit arabischem Migrationshintergrund aus Berlin-Wedding erzählt: «… bei uns wählt kaum jemand, wir sind ‹Ausländer›, obwohl wir hier aufgewachsen sind, hier geboren. Meine Eltern hatten Sympathie für die SPD, aber eigentlich sprechen wir kaum über Politik. Obwohl vieles nicht gut läuft, finde ich. Vor allem mit den Rechten. Aber wo oder mit wem kann man darüber reden?» Es gäbe viele Gesprächsthemen, die auf der Hand liegen, denn das Interesse, die Bedingungen im Viertel zu verbessern, ist vorhanden. «… was zusammen zu machen, damit es hier schöner wird … mehr Mitmachangebote wären gut», sagt eine andere Befragte; oder auch «ein Gemeinschaftsgarten», eine andere.

In den von uns besuchten benachteiligten Wohnvierteln gibt es einen Bedarf nach Orten, die Möglichkeiten zur Begegnung schaffen, aber auch nach Angeboten, um mit anderen gemeinsam etwas zu tun. Begegnung und Gemeinsames – von dort kann das Politische konkret und anders erfahren werden. Dann erscheint nicht nur die Beteiligung an Wahlen eventuell nicht mehr so nutzlos. Es kann darüber hinaus auch der Keim für politisches Engagement sein.

4.3 Eine Partei, die «anders» ist

Artikuliert wird der Wunsch nach einer Partei, «die sich einsetzt», die «hilft und gegenhält» und «die wirklich was ändern würde» – also einer Partei, die «anders als die anderen» ist. «Wenn es da eine Partei gäbe, die es ernst meint mit unseren Anliegen», so eine Befragte aus Rostock Lütten Klein. Wenn Politiker*innen keine falschen Versprechungen machen und «ihre Wahlversprechen halten» und «nicht korrupt sind», meinen andere Befragte – dann könne Vertrauen zurückgewonnen werden. Denn Die Linke gilt etlichen auch als «etabliert», «auch nicht groß anders». Auch die Meinung «die kümmern sich nur um Gendersterne und Klimastreiks, so Sachen» ist zu vernehmen, jedoch seltener.

Eine linke Partei müsste «Politik grundsätzlich anders machen als alle anderen und an der Frustration und Ohnmacht der Menschen ansetzen» (Borchardt/Nguyen 2024). Dazu bedarf es der systematischen Arbeit an der Verankerung in der Gesellschaft, konkret vor Ort, der Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit und Vertrauen durch kontinuierliche Präsenz und – im besten Falle – eines «Angebots der Selbstwirksamkeit» (ebd.), um Desinteresse, Ohnmacht und Fatalismus in produktive Bahnen zu lenken.

4.4 Gegen die AfD, gegen die Machtlosigkeit

Als Motivation, vielleicht doch zu wählen – und zwar links – wird besonders häufig der Aufstieg der radikalen Rechten genannt. Dies ist in unserer Befragung vielleicht der stärkste Grund. Eine Verkäuferin aus Berlin-Wedding fasst die Motivationslage insgesamt prägnant zusammen: «Ich weiß nicht, … die Rechten werden immer stärker, alle hacken auf den Bürgergeld-Empfängern rum, beim Wohnen sind die Linken die Einzigen, die was sagen, [die] sind aber fast weg von der Bildfläche … vielleicht wäre es ganz gut, wenn sie noch da wären. … [Es] gibt keine Stimmung, die motiviert. Wenn ich den Eindruck hätte, dass ich nicht allein [wäre], da würde ich vielleicht hingehen, doch. Auch wenn das nicht viel an meiner Situation ändern dürfte … vielleicht gut, wenn da noch eine andere, soziale Stimme … wäre.»

Eine Krankenpflegerin aus Leipzig-Lößnig meint: «Man bekommt richtig Angst, wenn man die Nachrichten mitbekommt. Ganz schön unübersichtlich alles. … weiß nicht, wer soll das alles noch irgendwie … Also die Politik ist doch irgendwie überfordert, alle gehen nach rechts. … Die ganze Entwicklung mit der AfD macht mir schon Sorgen. … Wenn ich nicht wählen gehe, entscheiden andere …, dann fehlt auch die Sichtweise, die ich oder andere hier haben. … und ohne Die Linke, bei allen Bauschmerzen, wenn die nicht mehr da ist, bringt halt keiner sonst diese Sicht ein, macht ja keiner.» Viele der Befragten äußern, doch wieder wählen zu wollen, um «eine bestimmte Partei von der Macht [ab]zuhalten», um etwas «gegen die AfD» zu unternehmen.

Die Einschätzung «alle gehen nach rechts» spiegelt sich auch in der Aussage einer Bürgergeld-Empfängerin aus Köln-Chorweiler wider: «Angst macht mir die Hetze gegen Leute wie mich, die Sozialhilfe bekommen.» Sie selbst sei gesundheitlich angeschlagen; ihre Möglichkeiten, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, seien eingeschränkt. «Und trotzdem bekommt man vermittelt, ich wäre faul, arbeitsscheu, will nur abkassieren … das ist ja jetzt nicht nur die AfD oder CDU/CSU,

das sind ja fast alle, das Fernsehen, die Nachrichten, auch das eigene Umfeld … da wird nach unten getreten, als gäb's keine anderen Probleme … für anderes können die aber Milliarden raushauen … es reicht doch nicht mal mehr für vernünftig was zu essen, wo soll denn das enden?» Die herrschende Politik habe nichts mehr oder nur noch wenig mit den Interessen der Befragten zu tun, und mehr noch: Sie richte sich sogar vermehrt direkt gegen sie, so der Eindruck.

Doch eine Stimme gegen die Rechten ist nicht automatisch eine für Die Linke. «Man kann das nicht den Rechten überlassen. Die gewinnen ja immer mehr», meint ein Auszubildender aus der Göttinger Weststadt. Zugleich wisse er nicht, wen er wählen könnte. «Wer macht denn noch was Soziales für uns? Die Rechten sicher nicht, die säen nur Hass. Die SPD macht nüscht. … Die Linke? Da bekomme nicht mehr viel mit. … Mietendeckel war gut.» Aber der sei ja auch weg, so eine alleinerziehende, mit Bürgergeld aufstockende Arzthelferin aus der Berliner Gropiusstadt. Die Skepsis resultiert aus der wahrgenommenen Machtlosigkeit, wie eine arbeitslose Massagetherapeutin aus Gropiusstadt ergänzt: «Ja, Die Linke kam vorbei, mit der Kampagne [gemeint ist die Kampagne ‹Deutsche Wohnen & Co. enteignen›], fand ich gut. Aber da siehst du's doch: Die Leute wollen das, gewinnen die Abstimmung – und dann passiert nix. Da kommst du nicht ran. Und dann haben sie einfach neu abstimmen lassen [gemeint ist die Wahlwiederholung 2023].» Ein Briefträger aus Berlin-Wedding sieht es ähnlich: «Wen soll man denn wählen? … Die Linke, selbst wenn, die sind doch machtlos.» Eine andere Person meint: «Es bringt nichts. Die Linke ist zu zahm, kann nichts durchsetzen. Deren Stimme zählt genauso wenig wie unsere.»

Dennoch kann Wählen aus Sicht der Interviewten Sinn machen – nämlich dann, wenn sie «das Gefühl» hätten, «dass das was bringt … wäre schon gut, wenn wenigstens eine Partei sagt, was wir so denken. Aber müsste sie halt auch laut machen, sodass man das nicht überhören kann», so eine Anfang-50-Jährige aus der Berliner Gropiusstadt, «damit könnte ich mich identifizieren.» Die Partei also als Stimme und Verstärker der Interessen derjenigen, «die jeden Tag schuften, und am Ende [des Monats] reicht es doch wieder nicht» – das müssen «die da oben mal mitbekommen». «Wir hier unten gegen die da oben, das ist schon so», bringt ein Mann Mitte 40 aus Rostock Lütten Klein den Klassengegensatz auf den Punkt. Eine Partei, die den Gegner konfliktorientiert, lautstark und praktisch in den Blick nimmt (Candeias 2020).

«Menschen brauchen Ventile für negative Affekte», so eine erfahrene Organizerin zur vorliegenden Studie. «Nur positive Deutungsmuster anzubieten, beschert einem zwar ein gutes Gewissen. Aber am Ende des Tages bleiben dann nur die rechten Deutungsangebote und Feind-Markierungen als Orientierung. Ich meine, es braucht auch progressive Deutungsmuster dafür, an welche Adressen sich der allgemeine Unmut und die Verunsicherung richten könnten.»

Während sich etliche Nichtwähler*innen im Gespräch durchaus offen zeigen für eine Wahlbeteiligung und auch eine Wahl der Partei Die Linke, sind eine grundlegende Skepsis und mangelndes Vertrauen bei vielen doch tief eingeschrieben und nur schwer aufzubrechen. Denn: Auch mit der Linken «bringt das ja nichts. … Und dann zerstreiten die sich ja nur. Wofür stehen die noch? … Und Wagenknecht geht gar nicht», so eine Befragte. Ob sie noch wählt? «Weiß nicht, alles ganz schön frustrierend, versuche das von mir fernzuhalten, kümmere mich um meine Sachen.» Eine Krankenpflegerin aus Leipzig-Lößnig meint, wählen bringe nichts, denn «wie gesagt, [es] wurde nichts besser, im Gegenteil. Auch mit der Linken nicht. Das geht alles in die falsche Richtung. [Es] macht mir Angst, verstehe ich auch nicht, Ukraine, Gaza, Klima, Migration, … die Preise.» Die Probleme häufen sich zu einer schwer greifbaren, undurchdringlichen Gefahr.

Ein Zitat eines Briefträgers aus Berlin-Wedding steht beispielhaft dafür. Auf die Frage, was sich ändern müsste, um eventuell doch wieder zur Wahl zu gehen, antwortet er: «Oh, es müsste sich schon viel ändern. Aber wer soll das machen? … mit den Linken reden? Ja, wieso nicht. Aber die können halt auch nix machen. … im Viertel organisieren? Weiß nicht, ja, schon eine gute Sache, aber mitmachen – wann soll ich das auch noch machen? … Wählen? Naja, wenn ich mehr wüsste, was die [Linken] so wollen. Machen die was zu meinen Problemen? … Erzählen das nicht alle?» Hier zeigt sich das geringe Vertrauen in Parteien – und weiter: «… ja ja, so ein Kreuz tut nicht weh, aber ob mir das ausreicht? … Die müssten schon mal zeigen, dass sie was für uns machen. … Wer ist uns? Na, so die hart arbeitende Bevölkerung. … Arbeiterklasse? Hm, naja, wenn man sich so die Reichen anguckt … hat schon was von Klassengesellschaft, doch.» Aber daran ändern ließe sich wohl nichts. Es fehlt auch an persönlichen Ressourcen: «Wählen ist echt mein geringstes Problem. Ich bin froh, wenn ich mit dem ganzen anderen Mist zurechtkomme. Habe gar keine Zeit oder Nerven, mich damit zu befassen.»

Entscheidend wäre in solchen Fällen, dranzubleiben, wiederzukommen, den Gesprächsfaden wiederaufzunehmen, Vertrauen zurückzugewinnen. Dafür braucht es Geduld und einen langen Atem.

4.5 Aufsuchende Arbeit und Präsenz im Viertel

Das heißt aber auch, frühzeitig anzufangen, nicht erst wenige Wochen vor einer Wahl, und die politische Kampagne von den Geschichten, Erfahrungen und Problemen der Menschen her zu entwickeln und zu formulieren, einen Wiedererkennungseffekt zu erzeugen. Zum einen, um kein Misstrauen zu provozieren, als gehe es nur um Stimmenmaximierung ohne wirkliches Interesse an den Problemen im Viertel. Die Menschen haben ein feines Gespür für falsche Versprechungen, die nach einer Wahl keine Rolle mehr spielen. Auch deshalb ist es wichtig, keine Erwartungen zu wecken, die dann – auch mangels Durchsetzungs-

macht – nicht erfüllt werden können. Zum anderen, um eben wiederkommen zu können, um Vertrauen und Glaubwürdigkeit wachsen zu lassen. Das heißt auch, Haustürgespräche nach der Wahl fortzusetzen, den Kontakt zu halten – mit der Chance, über die Wahlbeteiligung hinaus zum politischen Engagement zu motivieren. «Verbindungen knüpfen, zuhören, diskutieren, zu lokalen Treffen einladen, die sich um lokale Alltagsprobleme drehen, etwa um das Thema Wohnen, wiederkommen, es noch einmal versuchen» (Candeias 2018a: 52). Und um mehr zu werden, müssen wir mit mehr Menschen reden (vgl. zu Methoden von 1-zu-1-Gesprächen und linkem Organizing z. B. Maruschke 2019).

Gelungene Ansprache ist notwendig, aber nicht hinreichend.[17] Sie kann Organisierung nicht ersetzen. Oder in den Worten von Miriam Pieschke: Ein «kurzfristiger Flirt» reicht nicht aus, «es braucht lange und mühselige Beziehungsarbeit, damit eine stabile Basis entstehen kann» (2016). Durchs Wohnviertel oder «Haus gehen, Leute informieren und zum Treffen einladen, […] ist wichtig, aber das reicht teilweise nicht» – es ist wichtig, «sich auch mal bei einem Kaffee zu unterhalten und eine persönliche Beziehung aufzubauen. Gerade wenn Leute Sachen machen, die sie vorher noch nicht gemacht haben, hat das auch ein bisschen was mit Vertrauen zu tun. Dazu ist es gut, wenn die Leute uns auch kennenlernen und einschätzen können und merken, dass wir vernünftig sind.» (Steinborn 2019) Mit den Haustürgesprächen beginnt die eigentliche Arbeit erst. Dann gilt es, potenzielle «Viertelgestalter» (Hoeft u. a. 2014) zu identifizieren und dann auch gezielt «zu rekrutieren» (Maruschke 2019: 11) und «zu qualifizieren» (Steckner 2017). «Die Betroffenen selbst müssen zu Protagonisten der Veränderung werden.» (Candeias 2011) Das wäre eine Grundlage für den Wiederaufbau der Partei von unten.

Dabei ist es sicher hilfreich, wenn sich Kandidat*innen und die Partei insgesamt als «anders als die anderen» und «auf Augenhöhe» mit den Menschen vor Ort verstehen. Zum einen, indem sie deutlich machen, dass es nicht um politische Karrieren geht, sondern um konkrete Politik für und mit den Menschen, die sich auch darin zeigt, dass Einkommen aus Mandaten für diese Arbeit eingesetzt werden. Oder wie es Borchardt und Nguyen (2024) formulieren: «Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik» – vielleicht nicht zwingend, aber im Durchschnitt.[18]

Aktivierende Befragungen, individuelle Angebote niedrigschwelliger Sozialberatung oder Aktionen wie «Die Linke hilft» mit Beratung und konkreter Unterstützung – all das sind Instrumente, die «verankern, verbreiten, verbinden» (Kipping/Riexinger 2013). Sie werden schon lange angewandt, müssten aber systematischer verallgemeinert und sozusagen (wieder) zur DNA der Parteipraxis werden. «Es gibt Menschen, die gehen nicht auf Demos, die stecken bis zum Hals in Alltagsproblemen – um diese Menschen muss man sich erst einmal kümmern. Da sage ich: Helft ihnen zuerst mal dabei, die fucking Formulare fürs Amt auszufüllen», so Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (zit. n. Die Welt, 25.6.2024).[19]

Parallel gilt es, wie bereits erwähnt, aber auch, Orte der Begegnung zu schaffen, denn viele Menschen haben den Eindruck, dass die Anonymität wächst – sie kennen ihre Nachbar*innen nicht mehr, fühlen sich allein und isoliert oder beklagen das Nebeneinander von ethnisierten Gruppen. Regelmäßige Straßentreffs mit Kaffee und Kuchen, Kiez- oder Stadtteilfeste, bei denen geredet, diskutiert oder einfach gelacht und gespielt wird, schaffen eine Kultur des Gemeinsamen. Dies schafft Verbundenheit und macht den nächsten Schritt einfacher: hin zu Formaten für explizitere und verbindlichere politische Debatte bis hin zum Engagement, von Stadtteilversammlungen bis zu Initiativen der Mieter*innenorganisierung.

4.6 Vermittlung von Solidarität vs. Ohnmacht

Wirksame Erfolge kann eine linke Partei in diesen Zeiten nicht versprechen. Zunächst ist es notwendig, ein Thema zu finden, das die Menschen anspricht, für das sie sich vielleicht sogar einsetzen wollen. Hier darf jedoch eine linke Organisierung nicht stehenbleiben. Selbst wenn mit einer Kampagne ein bestimmtes Problem erfolgreich angesprochen werden kann, Menschen sich darin wiederfinden und sich einbringen, so ist doch schnell spürbar, dass die strukturellen Ungleichheiten, die dieses Problem hervorgebracht haben, auch künftig Probleme hervorbringen werden, dass die Gegenkräfte stark und teilweise übermächtig erscheinen. Umso wichtiger ist es, von den konkreten Alltagssorgen und Erfahrungen ausgehend zwei Dinge zu vermitteln:

Erstens: Das Gefühl, nicht allein zu sein, die eigenen Erfahrungen mit anderen zu teilen; Solidarität zu erfahren, Hilfe anzunehmen, eventuell daraus entstehende wechselseitige Unterstützung. Dies ist der Ansatzpunkt für die Vermittlung und gemeinsame Erarbeitung von politischen Zusammenhängen: Wie funktioniert die Gesellschaft, welche Mächte hindern uns daran, dieses oder jenes umzusetzen? Sich als Teil von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen erleben, mithin kapitalismuskritisches Denken erlernen und eine klassenpolitische Perspektive einnehmen, um die eigenen Lebensbedingungen besser zu verstehen. So lässt sich auch ein Gegnerbezug herstellen – weg von falschen Sündenböcken. Dazu eine Organizerin im Interview: «Natürlich ging es um Miete und um Rente.

17 Die kurzfristige aufsuchende Ansprache über Social Media ist (v. a. bei Erstwähler*innen) vielleicht sogar erfolgversprechender (Schulz 2023: 320) als die aufsuchende Ansprache vor Ort. Allerdings lässt sich über Social Media weit schwieriger Vertrauen aufbauen, ein Gespräch oder Austausch bleibt mehr als beschränkt, weitergehendes Engagement unwahrscheinlich. **18** In der Partei Die Linke halten das viele Mandatsträger*innen schon lange so und spenden erhebliche Teile ihres Gehalts an die Partei und/oder soziale Bewegungen und Initiativen. Die gegenwärtige Parteiführung macht dies auch zu einem wichtigen Teil der Kommunikation. **19** www.welt.de/politik/deutschland/article252067960/Ulrich-Schneider-Wo-die-Menschen-herkommen-die-bei-uns-unter-Armut-leiden-ist-zweitrangig.html

Aber es gab auch immer die Suche nach Gruppen, die Schuld seien am allgemeinen Unbehagen.»[20]

Daher soll die Erfahrung vermittelt werden: In dieser Partei sind Menschen, die sich für mich – und im besten Falle mit mir – mit den Mächtigen und Reichen in dieser Gesellschaft anlegen und für meine – unsere gemeinsamen Rechte und Hoffnungen eintreten.

Zweitens: Die Vorstellung, es könnte anders aussehen, eine Zukunft mit Perspektive, ein positives Bild einer solidarischen und demokratischen Lebensweise, in der jede*r die Verfügung über ihre*seine unmittelbaren Lebensbedingungen zurückerlangt – mithin die Vorstellung eines neuen Sozialismus. Das ist zu viel für ein Haustürgespräch, daher ist es umso wichtiger, wiederzukommen und zum Mitreden, Mitmachen, Mitfeiern zu motivieren. So können Orte der Begegnung, solidarische Strukturen vor Ort auch zu Orten politischer Organisierung und gemeinsamen Lernens werden (vgl. Candeias 2016) – bis hin zu einem Transformative Organizing (vgl. z. B. Williams 2013; Maruschke 2014, 2019). Zudem lohnt es sich, über die Adaption des Modells von Solidarity4all[21] nachzudenken, damit ausreichend Personal und Ressourcen vorhanden sind, um zu unterstützen und zu befördern, was Menschen in solchen Organisierungsprozessen beginnen.

Die kurzfristige Mobilisierung ist für den Klassenerhalt in der bundesparlamentarischen Liga unverzichtbar, wenngleich sie gerade bei Nichtwähler*innen nur bedingt zu erwarten ist. Zugleich sollte die Mobilisierung von Beginn an mittel- bis langfristig angelegt sein. Nur so kann eine Bindung und Verankerung erreicht werden, die verhindert, dass gleich beim nächsten Mal wieder der Abstieg in die Regionalliga droht (oder beim verpassten Klassenerhalt die Grundlage für einen Wiederaufstieg fehlt).

Dafür ist in den jeweiligen Wahlkreisen ein*e glaubwürdige*r Kandidat*in «von unten», im besten Falle aus der Nachbarschaft oder dem Viertel selbst, hilfreich, so wie zum Beispiel Nam Duy Nguyen in Leipzig-Mitte. Das heißt, schon in der Kandidat*innenauswahl gezielt Einzelne zu identifizieren und zu schulen, die Armut und Ausgrenzung aus Erfahrung kennen, und sie zu einem Protagonismus zu ermächtigen, um dies auch in der eigenen Person repräsentieren zu können.

Haustürgespräche dienen dabei nicht nur als Mittel, um Verankerung und Wähler*innen (zurück) zu gewinnen, sondern auch als Schule für die Aktivist*innen der Partei selbst. Lebensrealitäten, Perspektiven und Erfahrungen, Sprache und Haltungen werden so ebenso wie Sorgen, Probleme und Hoffnungen erfahrbar für die engagierten Parteimitglieder und Sympathisant*innen. Sie kommen häufig nicht aus denselben Verhältnissen und Wohnvierteln und haben einen anderen Klassen- oder Bildungshintergrund als die Aufgesuchten. Durch dieses Vorgehen «verändern sich alle, die daran beteiligt sind» (Kaindl/Nagel 2019). So kann die Sprache der Politik verständlicher werden; zudem kann der Ausgangspunkt der eigenen Politik anders gelegt werden. Ganz konkret können aus Haustürbefragungen, Kieztreffen und Stadtteilversammlungen wichtige Hinweise für die Auswahl, Priorisierung und Formulierung konkreter Forderungen gewonnen werden. Am Anfang stehen dabei also «nicht Antworten, sondern Fragen». Bei der aufsuchenden Arbeit geht es darum, «am Alltag anzuknüpfen, daran, was Menschen tatsächlich bewegt» (ebd.). «Diese Praxen sind der Lackmustest einer verbindenden Klassenpolitik.» (Candeias 2021: 29)[22]

Dieser Prozess sollte dauerhaft sein und immer wieder an die konkreten Verhältnisse vor Ort rückgekoppelt werden. Auch deshalb bedarf es des «Wiederkommens», besser noch der regelmäßigen bis dauerhaften Präsenz vor Ort. Dieses Vorgehen ist teilweise auf Ebene der Bundespartei der Linken bereits institutionalisiert worden. Es gilt, dies zu einer gängigen Praxis zumindest an jenen Orten werden zu lassen, an denen eine kritische Masse an (auch geschulten) Basismitgliedern vorhanden ist – vor allem «in bestehenden oder ehemaligen Hochburgen der Partei, insbesondere in benachteiligten Vierteln, bundesweit» (vgl. Candeias 2018a). Aber oft reicht auch schon eine kleine Gruppe – «sechs aktive Leute» (Steinborn 2019).

«Die Treffen verlaufen anders als die übliche Parteiversammlung oder das linke Plenum. Es gibt oft Tee und Kekse und immer viel Platz für die Anliegen und Erfahrungen der Teilnehmenden. Was ist seit dem letzten Treffen passiert? Hat sich der Vermieter gemeldet? […] Was hier besprochen wird, ist sehr konkret und manchmal kleinteilig, weil ein konkretes Problem im Mittelpunkt steht. Es ist nicht ‹unpolitisch›, sondern stellt den Problemrohstoff des Alltags in den Mittelpunkt der politischen Arbeit.» (Kaindl/Nagel 2019) Die Gespräche können herausfordernd sein: «Es gibt meist viel Redebedarf, weil die Probleme so groß sind, und gleichzeitig soll die Sitzung nicht ewig gehen» (Steinborn 2019); es müssen konkrete Verabredungen getroffen werden. Und nicht selten kommen psychologisch schwer belastende Themen und Erfahrungen zur Sprache, Tränen fließen oder Wut kommt auf. Dafür

20 «In Zschertnitz gab es Ärger, über Ratten im Müll. Die das ansprachen, vermuteten die fehlende Mülltrennung der Flüchtlinge dahinter. Da habe ich mich an die für Müllabholung zuständige Stelle gewandt und einen dichteren Leerungsturnus bewirkt. Dass auch die Großvermieter dran schuld sein könnten, war denen, die sich über die Ratten beschwerten, gar nicht in den Sinn gekommen.» Und weiter: «Chauvinistisches Treten nach unten mit teilweise erschreckender Kälte gegenüber anderen Menschengruppen (seit vielen Jahren) einerseits und ein quasi sozialistisches Verlangen nach Gemeinschaftlichkeit andererseits können sich in einem Gespräch mit derselben Person innerhalb von Sekunden abwechseln. Die Wenigsten haben ein geschlossenes ideologisches Weltbild. Ansatzpunkte für Hoffnung und Abgründe der Menschenfeindlichkeit liegen oft ganz dicht beieinander. Wie gesagt, mit Erfahrung in Gesprächsführung kann man entscheiden, […] welchen Grundimpuls man anrufen und dadurch verstärken will. Man darf sich nur nicht einreden, das sei eine belastbare Erhebung um das, was die Menschen wirklich bewegt. Das ist nun mal ständig im Fluss und wird durch soziale Medien, Chatgrupppen etc. geprägt. Weswegen uns keine Basismobilisierung aus der Verantwortung entlässt, Deutungsmuster über die breite Öffentlichkeit und über Social Media anzubieten.» (Organizerin im Interview, November 2024) **21** Das Netzwerk Solidarity4all diente in Griechenland dazu, Solidarstrukturen landesweit zu vernetzen und zu stärken. Jede*r Parlamentsabgeordnete der linken Partei Syriza führte einen wesentlichen Teil ihrer*seiner Bezüge für den Solidaritätsfonds von Solidarity4all ab; jeweils mindestens ein*e Mitarbeiter*in der Abgeordneten wurde für die Arbeit in den lokalen Solidarstrukturen freigestellt. Letztlich ist dieser konkrete Versuch einer verbindenden Partei gescheitert. Dafür gibt es viele Gründe, auf die ich hier nicht eingehen kann (vgl. Candeias 2016). Ein solcher Fonds wurde vor Kurzem von den neuen Vorsitzenden der Linkspartei in Aussicht gestellt. **22** Auf die Debatte zur verbindenden Klassenpolitik kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Zentrale Texte dazu sind versammelt in: Candeias 2021 und Riexinger 2018.

muss Raum geschaffen werden und zugleich mit Fingerspitzengefühl das Gespräch weitergeführt, in produktive Bahnen gelenkt werden.

Die Beteiligten haben häufig wenig oder keine Erfahrung damit, sich zu organisieren. «Nicht politisch organisiert zu sein bedeutet aber längst nicht, unpolitisch zu sein.» (Kaindl/Nagel 2019) Für die Mitglieder einer Partei wie der Linken heißt es zum Teil, die alltägliche Praxis der Parteiarbeit auf den Kopf zu stellen. Für die Gewerkschafterin Susanne Steinborn, die sich als Linken-Mitglied in der Berliner Gropiusstadt engagiert, liegt auf der Hand, was nötig ist: «Linke müssten wirklich noch viel mehr da hingehen, wo Leute Sorgen und Nöte haben, und ihnen vorschlagen: Lasst uns einen Plan machen und das zusammen angehen.» (Steinborn 2019).

Eine einladende Kultur und verbindende Praxis sind zentral. Das geht nicht ohne politische Debatte. Aber das Verhältnis zwischen aufsuchender und organisierender Praxis auf der einen Seite und programmatischer Debatte auf der anderen könnte deutlich in Richtung Ersteres verschoben werden. Die Partei muss Anerkennung und Solidarität erlebbar werden lassen.

Die Haustürkampagne der Linken in Leipzig-Mitte

In Leipzig hat die Linke auf Grundlage der Erfahrungen aus den Haustürgesprächen der letzten Jahre den Versuch gestartet, diese Praxis systematisch zu einer Kampagne fortzuentwickeln. Das Ziel: die Erringung eines Direktmandats bei den Landtagswahlen in Sachsen im September 2024. Planvoll sollte Straße für Straße an insgesamt 50.000 Haustüren – praktisch allen im Wahlkreis Leipzig-Mitte-Ost – geklingelt werden. Der Haustürwahlkampf sollte möglichst partizipativ organisiert werden, möglichst viele zum Mitmachen motivieren.

Über 14.000 Gespräche konnten letztlich geführt werden. Im Ergebnis konnten im Wahlkreis über 18.000 Stimmen gewonnen werden, fast doppelt so viele wie bei der letzten Wahl fünf Jahre zuvor. Das Direktmandat des deutsch-vietnamesischen Kandidaten Nam Duy Nguyen sicherte zusammen mit dem Direktmandat von Jule Nagel, ebenfalls in Leipzig, den Wiedereinzug der Partei Die Linke in den Landtag. Mit sechs Sitzen – obwohl bei den Zweitstimmen mit 4,5 Prozent die Fünf-Prozent-Marke verfehlt wurde. Eine Klausel im sächsischen Wahlgesetz ermöglicht es einer Partei, mit zwei Direktmandaten dennoch gemäß ihrer Zweitstimmen eine Fraktion im Parlament zu stellen.

ELEMENTE FÜR DIE MOBILISIERUNG VON NICHTWÄHLER*INNEN:

- mehr Informationen, mehr direkte Ansprache vor Ort
- mehr Orte für Austausch und Begegnung
- niedrigschwellige Mitmachangebote
- eine Partei, die «anders» ist
- Vertrauen und Glaubwürdigkeit durch Kontinuität und Präsenz schaffen
- gegen die Rechten
- Kandidat*innen und Aktivist*innen, die die «Klasse» repräsentieren
- sich mit den Reichen und Mächtigen «anlegen» – Konfliktorientierung
- Vermittlung von Solidarität vs. Ohnmacht

5 SCHLUSSBEMERKUNGEN

Wie gezeigt werden konnte, ist die aufsuchende Arbeit der Haustürgespräche und -wahlkämpfe von enormer Bedeutung, wenn es darum geht, Nichtwähler*innen insbesondere in benachteiligten Wohnvierteln zu erreichen. Da diese Arbeit sehr aufwendig ist, ist bei geringen personellen Ressourcen gezieltes Targeting notwendig: Wo sind die einstigen linken Hochburgen in diesen Vierteln, wo gibt es ausreichend aktive Mitglieder, um diese Arbeit zu leisten? Denn der Effekt der Ansprache von Nichtwähler*innen wird «in den meisten Studien vermutlich sogar unterschätzt, weil ‹Ansteckungseffekte› nicht beachtet werden» (Schäfer 2015: 114).

Am Aufsuchen dieses Wähler*innenpotenzials führt kein Weg vorbei. Das ist die organisch-populare Option des Wiederaufbaus einer in der Klasse verankerten Partei (siehe Kasten). Aber es ist auch kein Wundermittel. Angesichts geringer Personalressourcen an aktiven Mitgliedern und einer stark medial vermittelten Politik braucht es auch eine im besten Sinne populistische Option. Zum Beispiel ein klares und leicht einprägsames Profil – auch das gehört zu einer Nichtwähler*innenstrategie. Wenige und klare Botschaften (auch wenn die Partei zu allen politischen Problemen eine Position haben sollte), immer wieder auf die Kernforderungen zurückkommen, sich nicht in anderen Feldern verkämpfen und Wiedererkennbarkeit herstellen: «Das sind die, die für A, B und C stehen.» Dazu gehört, die Gesichter und (Klassen-)Geschichten dieser Menschen hör- und sichtbar zu machen, sie als Protagonist*innen zu begreifen und aufzubauen. Ein Spitzenpersonal, das dieses Profil und eine solidarische Perspektive persönlich verkörpert, sowie eine konfliktorientierte Kommunikation, die die Aufmerksamkeitsschwelle der Medien durchbricht. Die Menschen müssen erleben können, dass sich da jemand für sie (im besten Falle mit ihnen gemeinsam) mit den Reichen und Mächtigen anlegt.

Organisch-populare und populistische Option

Die *organisch-populare Option* baut (im Anschluss an Antonio Gramsci) auf alltägliche, enge Kooperationen mit den Bewegungen und mutualistischen Solidarstrukturen. Sie versteht sich selbst als organisierende Kraft, die die Selbstaktivität und Selbstrepräsentation der Vielen befördert und von dort aus versucht, mit der gewonnenen Glaubwürdigkeit auch andere Teile der Bevölkerung zu repräsentieren, die sich nicht aktiv beteiligen wollen oder können.

Das Mittel ist, aktiv die Vielen zu verbinden, auch über Organisationen hinweg, im Rahmen direkter, materieller Interventionen in konkrete soziale Verhältnisse, etwa beim Kampf um Mietrechte oder in Tarifbewegungen für gute Pflege und mehr Personal. Interessen werden gemeinsam formuliert und aktiv verbunden. Erstes Ziel ist die Bildung gesellschaftlicher Gegenmacht zur unmittelbaren Verbesserung im Alltag. Sie stiftet neue soziale Verbindungen und Selbstverhältnisse. Die populare Option kann sich, gewinnt sie Dynamik, bis zur destituierenden und konstitutiven Macht steigern, in der Selbstveränderung und längerfristige gesellschaftliche Transformation zusammengehen.

Die *populistische Option* verfolgt (im Anschluss an Ernesto Laclau) einen stark medial ausgerichteten Ansatz, der die Konvergenz der vielen unterschiedlichen Gruppen und Forderungen, Identitäten und Kulturen diskursiv zusammenbindet und verdichtet. Das Mittel ist die mediale Polarisierung und Zuspitzung des politischen Feldes.

Zweck ist die Sammlung der Vielen zur Unterstützung eines populistischen Projekts, in dem sie sich repräsentiert fühlen. Entsprechend agiert das populistische Projekt nicht so sehr auf Ebene realer sozialer Bewegungen und Initiativen und des Engagements im Alltag, sondern versucht die Sichtbarkeit entsprechender Forderungen zu erweitern, ihnen eine lautere, wirkungsvollere Stimme zu verleihen. Ziel ist die Verschiebung gesellschaftlicher Diskurse und politischer Machtverhältnisse zur Eroberung der Regierungsmacht.

Keine der beiden Optionen gibt es in Reinform, es geht vielmehr um ihre konkrete Verbindung und wechselseitige Stärkung. Aus meiner Sicht muss dabei die organisch-populare Option jedoch dominieren, nicht zu jedem Moment, aber als Ziel und Zweck. Es sind die wirklichen Bewegungen, die in der Geschichte die gesellschaftlichen Veränderungen vorangetrieben haben (vgl. ausführlich Candeias 2018b).

Die Linke zu wählen heißt nicht, sie lieben zu müssen oder mit all ihren Forderungen übereinzustimmen. Es reicht die Erkenntnis, dass «es schon gut wäre, wenn es da noch eine linke und soziale Stimme gäbe», wie in einem der Interviews gesagt wurde. Und dass diese Partei dafür noch gebraucht wird. Nicht wenigen Menschen ist eine kapitalismuskritische Stimme in diesem Land wichtig, die auch weiterhin eine gesellschaftliche Alternative anstrebt.

LITERATUR

A

AG Starthilfe des Mieter*innenprotests Deutsche Wohnen und der Kampagne Deutsche Wohnen und Co. enteignen (2019): Wie gründe ich eine Mieter-Initiative? Ein Leitfaden von «Mieter*innenprotest Deutsche Wohnen», Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/40321/wie-gruende-ich-eine-mieter-initiative/

B

Bartels, Larry (2008): Unequal Democracy. The Political Economy of The New Gilded Age, Princeton.

Borchardt, Marlen/Nguyen, Nam Duy (2024): Zeit, dass sich was dreht!, in: LuXemburg Online, September 2024, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/zeit-dass-sich-was-dreht/

Braband, Carsten (2024): Linke Triggerpunkte. Gesellschaftliche Haltungen und Klassenlagen von (potenziellen) Linke-Wähler*innen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien 3/2024, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/52578/linke-triggerpunkte

Brady, Henry/Verba, Sidney/Schlozmann, Kay Lehman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation, in: American Political Science Review 2/1995, 271–294.

Brülle, Jan/Spannagel, Dorothee (2023): Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie, WSI-Verteilungsbericht 2023, WSI-Report Nr. 90, www.wsi.de/fpdf/HBS-008729/p_wsi_report_90_2023.pdf

C

Candeias, Mario (2011): Strategische Probleme eines gerechten Übergangs, in: LuXemburg 1/2011, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/strategische-probleme-eines-gerechten-uebergangs/

ders. (2016): Die verbindende Partei im Praxis-Test, in: PROKLA 182, 153–166, https://prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/106

ders. (2018a): Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen, in: ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 24, www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung, 33–60.

ders. (2018b): Populistisches Momentum? Lernen von Corbyn, Sanders, Mélenchon, Iglesias (Ein indirekter Kommentar zur Kampagne von #aufstehen), in: LuXemburg 3/2018, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/populistisches-momentum/

ders. (2020): Am Konflikt arbeiten, in: LuXemburg Online, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-konflikt-arbeiten/

ders. (Hrsg.) (2021): Klassentheorie. Vom Making und Remaking, Hamburg, www.rosalux.de/publikation/id/43583/klassentheorie

ders. (2022a): Eine Partei mit Zukunft: Die Linke. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zum Wähler*innenpotenzial der Linken, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/46565/eine-partei-mit-zukunft-die-linke

ders. (2022b): #DieLINKEbrauchts, in: LuXemburg Online, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-linke-brauchts/

ders. (2023): Große Mehrheit für Umverteilung. Repräsentative Umfrage zeigt wachsende Existenzängste und hohe Zustimmung zu Vermögens- und Übergewinnsteuer, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/49930/grosse-mehrheit-fuer-umverteilung

ders. (2024a): Hat Die Linke «die Arbeiter» verloren? Nein, eigentlich nicht. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Online-Studie 9/2023 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/51679/hat-die-linke-die-arbeiter-verloren-nein-eigentlich-nicht

ders. (2024b): «Wählen macht doch keinen Unterschied». Weshalb Nichtwähler*innen ein wichtiges Potenzial für Die Linke sind, in: Luxemburg Online, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/nichtwaehler-innen/

ders. (2024c): Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation, in: ders./Becker, Lia (Hrsg.): Vom Horror zur Hoffnung. Strategien gegen blockierte Transformation und Faschisierung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg beiträge 24, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/52656/vom-horror-zur-hoffnung, 7–42.

ders./Völpel, Eva/Witt, Uwe (2022): Mehrheit für Energiepreisdeckel und Übergewinnsteuer. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/46961/mehrheit-fuer-energiepreisdeckel-und-uebergewinnsteuer

D

Destatis (2020): Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen, 29.10.2020, www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/eurostat-anteil-wohnkosten-haushaltseinkommen-silc.html

E

Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin (2018): Government of the people, by the elite, for the rich. Unequal responsiveness in an unlikely case, Max-Planck-Institut, Discussion Paper 18/5, www.econstor.eu/bitstream/10419/180215/1/1025295536.pdf

Eversberg, Dennis/Fritz, Martin/von Faber, Linda/Schmelzer, Matthias (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation, Frankfurt a. M./New York.

G

Gilens, Martin (2012): Affluence and Influence. Economic Inequality and Political Power in America, Princeton.

Glauch, Theo/Köhler, Christoph (2024): Spaltungslinien in der Wähler*innenschaft der Linken. Was wir aus drei neuen Studien lernen können, in: LuXemburg Online, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/linke-waehler-innen/

Green, Donald/Gerber, Alan S. (2008): Get out the Vote. How to Increase Voter Turnout, Washington.

H

Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (2004): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt a. M.

Hickel, Rudolf (2022): Preistreiberei und Inflation. Ursachenfundiert gegen die neuen Triebkräfte der sozialen Spaltung, hrsg. von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik u. attac Deutschland, 4.9.2022, www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656778.preistreiberei-inflation.html

Hoeft, Christoph/Klatt, Johanna/Klimmeck, Annike/Kopp, Julia/Messinger, Sören/Rugenstein, Jonas/Walter, Franz (2014): Wer organisiert die «Entbehrlichen»? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren, Bielefeld.

I

IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2024): Inflationsmonitor, IMK Policy Brief Nr. 182, www.imk-boeckler.de/de/pressemitteilungen-15992-teuerungswelle-wirkt-nach-64816.htm

J

Johnston, Ron u. a. (2012): We've got them on the list. Contacting, canvassing and voting, in: Electoral Studies 2/2012, 317–329.

Jörke, Dirk (2017): (Nicht-)Wählen in der Postdemokratie, in: Kahrs, Horst (Hrsg.): Wahlenthaltung. Zwischen Abwendung, Verdrossenheit und Desinteresse, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Materialien, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/37491/wahlenthaltung, 29–37.

K

Kahrs, Horst (2023): Arbeiterklasse in Deutschland ist international. Zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Inländern ohne deutschen Pass, Online-Analyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 27.11.2023, www.rosalux.de/news/id/51312/arbeiterklasse-in-deutschland-ist-international

Kaindl, Christina/Nagel, Sarah (2019): ... da, wo es brennt. Die LINKE als organisierende Partei vor Ort, in: LuXemburg 2/2019, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/da-wo-es-brennt/

Kipping, Katja/Riexinger, Bernd (2013): Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE, www.bernd-riexinger.de/fileadmin/lcmsbriexinger/Dokumente/Projekt_Parteientwicklung.pdf

Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld.

Krätke, Stefan (1995): Die vielfach geteilte Stadt: Sozialökonomische Spaltungen im Innern der Städte, in: ders.: Stadt – Raum – Ökonomie, Wiesbaden, 158–191.

L

Die Linke, Bereich Strategie und Grundsatzfragen (2024): Wen können wir gewinnen und wie viele? Linkes Potenzial, Wahlgründe und -hindernisse, trennende und einigende Themen und Forderungen. Repräsentative Umfrage durch Verian, Karl-Liebknecht-Haus, Berlin, unveröffentlicht.

M

Maruschke, Robert (2014): Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Eine kritische Einführung, Münster, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Klassen_und_Sozialstruktur/Maruschke_Robert_2014_Kap6.pdf

ders. (2019): Linkes Organizing. Interviews und Arbeitsmaterialien, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/41297/linkes-organizing/

Masengarb, Christian (2022): So stark steigen die Mieten in ihrem Landkreis oder ihrer Stadt, Focus Online, 14.12.2022, www.focus.de/finanzen/keine-entspannung-absehbar_id_180453213.html

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.

N

Namberger, Fabian (2023a): Wie wählen Eingewanderte? Literaturstudie zu Wahlverhalten und politischer Orientierung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/news/id/50561

ders. (2023b): Linke Potenziale, potenzielle Fallstricke. Zum Wahlverhalten migrantischer Communities in Deutschland, Online-Analyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/news/id/50564/linke-potenziale-potenzielle-fallstricke

P

Paritätischer Gesamtverband (2024): Armutsbericht 2024. Armut in der Inflation, Berlin, www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/img/Paritaetischer_Armutsbericht_2024.pdf

Pieschke, Miriam (2016): Vom kurzen Flirt zur langfristigen Beziehung. Organisierung im Kiez als transformatorisches Projekt, in: LuXemburg 2/2016, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/vom-kurzen-flirt-zur-langfristigen-beziehung/

R

Riexinger, Bernd (2018): Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, Hamburg.

S

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a. M./New York.
ders./Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin.
Schulz, Winfried (2023): Prekäre Mobilisierung und defizitäre Kommunikation. Was von der Kampagne bei wem (nicht) ankam, in: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Die (Massen-)Medien im Wahlkampf, Wiesbaden, 317–338.
Steckner, Anne (2017): «Die Asys müssen weg!» Haustürbesuche als Strategie gegen die Spaltung, in: LuXemburg 1/2017, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/kommunikationsstrategien-gegen-rechts, 74–81.
Steinborn, Susanne (2019): «Rein in die Stadtteile». Über Organisierungserfahrungen an der Haustür, in: LuXemburg 2/2019, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/rein-in-die-stadtteile/

W

Williams, Steve (2013): Fordert alles. Lehren aus dem Transformativen Organizing, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/williams_transformatives_organizing_mrz13.pdf

WWW.ROSALUX.DE